

3.9 Öko-Betriebe und Geldinstitute als AkteurlInnen

Im Original: Auszug aus Natur&Kosmos, Juli 2001, S. 46

Den Kapitalismus pauschal zu verteufeln, ist fraglos Unsinn.

Michael Miersch in einem Interview der „Ö-Punkte“, Winter 2001/02, S. 12

Die Voraussetzungen für effizienten und langfristigen Umweltschutz sind Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Dies zeigt sich nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern, sondern auch in den schnell aufholenden Schwellenländern. Beispielsweise schreitet in Schwellenländern die „Effizienzrevolution“ (d.h. die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch) viel schneller voran als in Europa oder Nordamerika. ... Die Globalisierung. Sie verhilft armen Menschen zu mehr Wohlstand.

Auszug aus Franz Lehner/Friedrich Schmidt-Bleek, 1999: Die Wachstumsmaschine, Droemer in München¹

Wir haben Lust auf Wachstum. Ökologie muß nicht wachstumsfeindlich sein oder nur ein eng definiertes qualitatives Wachstum zulassen, das eigentlich schon gar keines mehr ist.

Landwirtschaftliche Höfe, Schreinereien, ArchitektInnen, Druckereien, Läden, Tagungshäuser und viele andere in ökologischer Orientierung sind schon lange ein wesentlicher Bestandteil der Umweltbewegung. Neu hinzugekommen sind Umweltbanken, geldanlageorientierte Projekte wie regenerative Energieanlagen und die Vermittler dieser Geldanlagen. Alle haben Umweltanliegen durch die konkrete Ansprache von VerbraucherInnen, durch ihre allgemeine Öffentlichkeitsarbeit sowie ihre Präsenz in Innenstädten, auf Märkten usw. bekannter gemacht. Umgekehrt wären sie ohne die Umweltbewegung nicht denkbar. Das allgemeine Umweltbewußtsein, der politische Streit um Gifte in Luft, Baustoffen oder Nahrungsmitteln sowie die konkreten Handlungstipps seitens der vielen Umweltgruppen haben die Öko-Betriebe gestärkt.

Mit den Öko-Betrieben aber hat sich Umweltschutz mit den Gesetzen des Marktes, mit Profit- und Verwertungslogik verbunden. Dank der finanziellen Möglichkeiten können Öko-Betriebe zwar stark in die Öffentlichkeitsarbeit eingreifen.² Auf der anderen Seite führt das Ziel, betriebswirtschaftlich erfolgreich zu sein, zu einer „Marktorientierung“, d.h. der Betrieb verhält sich so, daß er auf dem Markt von Angebot und Nachfrage zu Erfolgen kommt. Die Angebotspalette (Produkte oder Dienstleistungen) muß vor allem absetzbar sein. Die ökologische und politische Ausrichtung hat demgegenüber zurückzustehen. Optimalfall ist die Kombination, z.B. wenn ökologische Kriterien die Verkaufschancen erhöhen. Im Konfliktfall wird aber niemand etwas anbieten, was niemand oder nur zahlungsschwache KundInnen haben wollen – auch wenn es noch so ökologisch sinnvoll ist. Und in einem konkurrierenden Verhältnis siegt im Markt das Angebot, daß sich besser vermarktet oder schlicht billiger ist – Umweltschutz sowie, noch deutlicher eine soziale Verträglichkeit und intensive BürgerInnenbeteiligung, kosten oft Geld. Eine Windanlage, für die ein umweltverträglicher Standort gesucht und die mit umweltschonenden Materialien (Baustoffe, Kabel, Farben usw.) errichtet sowie von intensiver BürgerInnenbeteiligung begleitet wird, ist teurer als eine darauf nicht ausgerichtete Anlage. Dieses Beispiel ist beliebig übertragbar.

3.9.1 Die Entwicklung ökologischer Unternehmen

Die Anfänge

Ein Markt für ökologische Produkte und Dienstleistungen besteht schon seit langem. Ende des letzten Jahrhunderts entstand die Gesundheitsbewegung (Reformhäuser usw.), ohne allerdings umfassend auf ökologische Aspekte wie Anbau, Verpackungen usw. zu achten.

Der biologischdynamische Anbau besteht ebenfalls schon seit vielen Jahrzehnten. Aufschwung erhielt die Nachfrage nach ökologischen Produkten mit der entstehenden breiten Umweltbewegung der 70er Jahre. Anfangs war der ökologische Anteil am Markt noch sehr klein, die ökologisch ausgerichteten Betriebe waren eher Experimente anderer Wirtschaftsformen und zum Teil eingebettet in alternative Lebensgemeinschaften (Kommunen) oder Projekte (ASTA, Umweltzentren usw.). Meist sprachen die kleinen Läden, Betriebsgebäude oder die Produkte nur den Teil der Gesellschaft an, der ohnehin zur Umweltbewegung gehörte.³ Damit ließ sich kein großer Umsatz und erst recht kaum Gewinn machen. Ökologische Betriebsführung war gleichbedeutend mit Selbstausbeutung: Viel Arbeit bei wenig Ertrag. Die Überzeugung, das Richtige zu tun, war Ansporn für die Arbeit, auch über die Ökologiefrage hinaus: Kollektive Strukturen, Beteiligung an politischen Aktionen bis zur Verweigerung der Auftragsannahme von politischen „GegnerInnen“.

Konsolidierung und Zielgruppenwechsel

Die weitere Geschichte der Öko-Betriebe entspricht dem Verlauf der gesamten Umweltbewegung. Anfang und Mitte der 80er Jahre setzte eine tiefe Enttäuschung ein, daß politische Zielsetzungen allein nicht ausreichen würden, um die Ziele zu erreichen. Die bisher politisch begründete Selbstausbeutung wurde immer nicht mehr überdeckt, sondern wahrgenommen und als lästig empfunden. Acht, zehn oder noch mehr Stunden teilweise harter Arbeit in alternativen Druckereien, Schreinereien usw. schlauchten, zerstörten Beziehungen und Gemeinschaften oder schufen zumindest die klassische Familiensituation: EineR arbeitet, eineR macht den Haushalt (wobei sich die klassischen Geschlechterrollen in alternativen Bereichen manchmal umkehrten, was aber das Problem nicht löste).

Gleichzeitig veränderte sich auch die Umweltbewegung selbst. Aus den kämpferischen BI und Gruppenmitgliedern wurden gut bezahlte LehrerInnen, WissenschaftlerInnen, PlanerInnen und viele BeamterInnen in Verwaltungen und Regierungen. Das schuf Kaufkraft, ökologische Produkte waren gefragt und konnten teuer sein – das Geld war ja da. Doch die soziale Orientierung dieser der Umweltbewegung entstammenden KundInnen wechselte vom alternativchaotischen in ein gediegenes Umfeld. Sie wurden zur großen, kaufkräftigen Gruppe des „BildungsbürgerInnentums“. Darauf stellten sich viele Betriebe ein, Neugründungen wurden von Beginn an so ausgerichtet. Bioläden erweiterten sich aus dem bunten oder dunklen Öko-Look in helle, großzügige Räume, Stück für Stück wurde das Angebot vom Grundbedarf auf weitere Produkte ausgedehnt: Teure Lebens- und Genußmittel oder Kosmetika. Der KundInnenstamm veränderte sich von eher mittellosen StudentInnen und klassischen „Ökos“ zu DoppelverdienerInnen oder jungen Familien mit hoher Kaufkraft. Schreinereien konnten ihre ökologisch produzierten Möbel zu Preisen loswerden, von denen sie vorher nur träumen konnten. Umweltgruppen oder Umweltzentren wechselten vom grauen, einfarbig bedruckten Papier zu farbigen Broschüren und Zeitungen ... und die Druckereien zogen mit. Alternative Tagungshäuser hoben ihren Standard von Gruppenunterkünften zu Zwei-Bett-Zimmern mit Dusche oder in ähnliche Kategorien. Das linke BürgerInnentum⁴ zahlte. In den 70er und vor allem 80er Jahren wuchsen zudem die staatlichen Zuschüsse für Tagungshäuser und für die Bildungsarbeit selbst massiv an. Seminare und Bildungsurlaube scheitern kaum noch an Geldfragen, eher wurde es für geförderte Gruppen zum „Sport“, mit gefälschten Eintragungen auf TeilnehmerInnenlisten oder ReferentInnenquittungen die üppig vorhandenen Förderungen auch auszunutzen und davon das Tagungshaus oder zusätzliche hauptamtliche Stellen bei den SeminarveranstalterInnen zu finanzieren.⁵

Die Kehrseite dieser Entwicklungen ist, daß unabhängige Gruppen und Einrichtungen es schwer haben, für sie bezahlbare Unterkünfte oder Firmen zu finden. Die Kapitalisierung der Umweltbewegung benachteiligt unabhängige Gruppen – Konkurrenz, zentraler Faktor der Märkte, machte sich im politischen Raum bemerkbar. Wer Geld hatte, fand den Weg in die Öffentlichkeit, konnte Infrastruktur schaffen und Dienstleistung einkaufen. Wem es fehlte, der hatte auch kaum noch Chancen auf die Unterstützung von Betrieben, die einstmals aus dem Wirken der Umweltbewegung entstanden waren.

Pfründesicherung und Gewinnorientierung

In den 90er Jahren kam der Wandel in den ökologischen Betrieben weitgehend zum Abschluß. Ökologische Betriebe, hinter denen noch eine politische Zielrichtung stand, gab es kaum noch. Ganz im Gegenteil: Das BildungsbürgerInnenentum als zahlungskräftige Zielgruppe mied solche Betriebe, die auch im Rahmen direkter Aktionen aktiv waren. Wer heute einen Blick in Biobauläden, Druckereien, Bioläden, ökologische Möbelhandlungen und Ökogaststätten wirft, erfaßt sofort: Hier ist es teuer. Bioläden werden zu Bio-Boutiquen. Die für viele Ökobetriebe bis in die 80er Jahre typischen chaotischen Tische und Wände voller Flugblätter und Plakate verschwinden Stück für Stück. Teuer eingerichtete Ladenlokale oder Besprechungsräume sind „in“. Um das Öko-Image loszuwerden, gehen Bioläden oder andere Betriebe auf Distanz zu umweltpolitischen Gruppen und zu solchen Organisationen, die Selbstorganisation zum Ziel haben. Ein Streit zwischen Food-Coops und Bioläden eskalierte Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre. Ziel war nicht mehr die maximale Verbreitung von Bio-Nahrungsmitteln, sondern der maximale Kommerz. Die Bioläden verweigerten die Kooperation mit Food-Coops (früher war es durchaus üblich, daß Food-Coops bei Bio-Läden mitbestellten). Der Bundesverband des Naturwarenhandels (BNN) setzte die großen Anbieter im Biobereich unter Druck, keine Food-Coops mehr zu beliefern. Anfang der 90er Jahre entstanden aus diesem Streit einige GroßanbieterInnen, die gezielt Food-Coops belieferten. Während früher fast alle Food-Coops Teil der Umweltbewegung waren und Öffentlichkeitsarbeit machten, sind heute viele kommerzialisiert, d.h. sie dienen ausschließlich den ökonomischen Interessen der Mitglieder. Den Dienst machen vielerorts nur noch wenige, die dafür vom Rest bezahlt werden.

Einige Jahre nach den Bioläden entwickelten sich überall Firmen im Solar und Energieberatungsbereich. Zunächst waren es IdealistInnen, die Solaranlagen, teilweise als Eigenbau, verkauften. Staatliche Förderungen und hohe Geldreserven im linken BürgerInnenentum, die meistens auch selbst HausbesitzerInnen sind, pushten den Markt dann nach oben. Nur ganz vereinzelt gab es Initiativen, deren Ziel es war, den Preis für Solaranlagen zu drücken, um eine Massenverbreitung zu erreichen.⁶ Deren Erfolg hielt sich in Grenzen. Die Herstellerfirmen und weiterverarbeitenden HandwerkerInnen hatten wenig Interesse. Wenige Anlagen mit hohen Gewinnquoten sicherten hohe Einkünfte bei überschaubarem Arbeitsaufwand. Solaranlagen sind nach wie vor deutlich teurer als nötig und waren bis zum Start der hohen Fördersätze des Erneuerbare-Energien-Gesetzes eher ein Statussymbol der reichen BürgerInnen als ein tatsächlicher Massenartikel, der Chancen hatte, in absehbarer Zeit auf vielen Dächern zu finden zu sein. Daß es dennoch beträchtliche Zuwachsraten gibt, lag zum einen daran, daß das aus den StudentInnen, Umwelt-/Anti-AKW- und Friedensbewegungen entstandene linke BürgerInnenentum eine breite und fast durchgängig reiche Schicht darstellt. Das finanzielle Potential scheint noch nicht ausgeschöpft, so daß weitere Produktinnovationen wie z.B. Solar oder 3 Liter-Autos, riesige Windparks im Meer oder große

Ökokaufhäuser voll auf diese Gruppe abzielen und die Preise und Gewinnspannen dieser ökologisch beworbenen Produkte im Vergleich zu normalen Verbrauchsgütern meist sehr hoch angesetzt sind.

Ähnliches wie für die Solaranlagen gilt für biologische Baustoffe. Der Preisunterschied zu herkömmlichen Produkten (Farben, Glas / Mineralwolle oder Polystyrol) ist riesig, doppelt bis mehrfach soviel muß in der Regel bezahlt werden. Dabei sind die technischen Herstellungskosten oftmals sogar geringer⁷, weil die Rohstoffe (Altpapier, Pflanzenfasern) nur mechanisch verarbeitet werden. Doch die nachfragende KäuferInnenschicht agiert wenig preisbewußt, sondern sieht ökologische Produkte als Statussymbol, Gewissensberuhigung (für den sonst sehr aufwendigen Lebensstil mit hoher Mobilität und technischem Luxus) oder Teil des modernen „Lifestyles“ (bewußt Genießen ... aber ohne Einschränkungen).

Im Laufe der 90er Jahre änderten sich die Managementmethoden. Die „Öko-Yuppies“⁸ beeinflussten nicht nur die Umweltverbände (Verbandsmanagement in Sachen PR, Imagekampagnen und Geldbeschaffung statt politischem Druck), sondern prägten auch zunehmend die Öko-Betriebe bzw. gründeten neue. Es gibt etliche Fälle, in denen die ursprünglich kollektive Struktur der Betriebe aufgehoben wurde. Politisch motivierte Strukturen wie Kollektive oder gleicher Lohn für alle wurden aufgehoben.⁹ Zwei Gründe waren die Ursachen, in Einzelfällen traten sie zusammen auf. Zum einen gibt es kaum noch Menschen, die Interesse an Mitbestimmung und Mitverantwortung haben. Regelmäßige Arbeitszeiten, gesicherte Lohneinnahmen jeden Monat und lieber Arbeit auf Befehl als selbst nachdenken sind angesagt. So scheitern Kollektive oft auch dann, wenn die FirmeninhaberInnen diese Struktur eigentlich wollen, weil es gar nicht mehr genügend Menschen gibt, die kollektiv arbeiten, d.h. mitentscheiden und sich das Risiko und die Geschäftsführungsarbeit teilen wollen. Zum zweiten gab es Kollektive, die gezielt zerstört wurden von Personen, die aus Eigeninteresse Hierarchien durchsetzen wollten.¹⁰

Wohin augenblicklich der Trend geht, ist an den Betriebsneugründungen zu sehen. Begriffe wie kollektive Strukturen oder Selbstbestimmung waren schon Mitte der 90er Jahre nur noch nützlich, um sie als PR-Mittel einzusetzen. Wer genauer hinsieht, stellt fest, daß in der Realität überall Öko-Konzerne mit klaren Machtstrukturen entstehen. Inzwischen sind solche Orientierungen ganz verschwunden – gewählt wird die effizienteste Firmenform. Der Grund ist vor allem wirtschaftlicher Natur: Einziges Ziel ist der maximale Gewinn. BetriebswirtschaftlerInnen drängen in den Öko-Bereich, Management ersetzt politisch gewollte Strukturen. Übrig bleiben auf Effizienz ausgerichtete Verwaltungs und Entscheidungsstrukturen, deren Ziel das Geld ist: Wirtschaftsförderung vom Staat, maximale Gewinne aus der Arbeit selbst sowie, ganz modern, die Ausrichtung als Geldanlageobjekt für die reiche Schicht der BildungsbürgerInnen. Alles ist so ausgelegt, daß die am meisten von den Anlagen profitieren, die am reichsten sind (je höher der Steuersatz, desto höher die Rendite).¹¹ Das alles geht nur, wenn keine Spur radikalpolitischer Orientierung mehr vorhanden ist, denn keine Regierung gibt Geld für grundlegend herrschafts-/systemkritische Geister, und keinE linkeR BürgerIn legt Geld an in politisch umstrittenen Projekten (und wenn doch, ist es schnell verloren, denn politisch umkämpfte Projekte sind meist wirtschaftlich erfolglos, weil ihnen die reichen KäuferInnenschichten fehlen!).¹²

Spannende Gegenprojekte „von unten“ sind selten oder wirken nur lokal. Beispiele sind einige Energiefirmen¹³, Biohöfe in Gemeinschaftsbesitz, Tauschringe und DirektvermarkterInnen, die lokale und regionale Kontakte suchen. Überregional wird ihr Wirken kaum beachtet. Dort setzen die betriebswirtschaftlich geschulten StrategInnen aus Umweltprojekten, -verbänden und -betrieben andere Prioritäten.

Die ökokapitalistische Ausrichtung, der Glaube an den Markt und die Macht des Geldes, hat zum Ende visionärer Ziele beigetragen. Der Minimalismus in der Ökologiebewegung ist damit auch eine Folge betriebswirtschaftlicher Orientierung.

Im Original: Auszug aus dem Werbefaltblatt „Eine Vision hat Zukunft“ der umweltfinanz, Berlin
Umwelt als Thema – Geld als Hebel ... Die Märkte von Morgen werden geprägt sein von Unternehmen, die nachhaltig und verantwortungsvoll denken und handeln.

3.9.2 Unternehmenstypen: Wer gehört dazu?

Die Spannweite ökologischer Unternehmen ist breit, die Prinzipien ihrer Arbeit und auch der ökologische Aspekt sind sehr verschieden. Klassisch sind die Firmen, die Produkte aus ökologischer Herstellung verkaufen: Möbel, Nahrungsmittel, Farben usw. Bei Baustoffen gab es bereits frühzeitig eine Unklarheit, ob als Hauptaspekt die umweltgerechte Herstellung oder die Belastung für die Menschen angesehen wird (z.B. Farben nur auf Pflanzenbasis oder auch synthetisch, wenn dadurch pflanzliche Stoffe, die Allergien auslösen können, ersetzt werden). Im Zuge der 90er Jahre wurde diese Frage weitgehend zugunsten des Gesundheitsaspektes entschieden, d.h. bei Nahrungsmitteln, Baustoffen usw. kam es mehr auf die Qualität des Produktes für die KäuferInnen an als auf die Herstellungsbedingungen. Im Biolandbau wird auf Rentabilität gesetzt (große Höfe, große Flächen usw.), in der Weiterverarbeitung auch (Einwegverpackungen), bei Baustoffen werden auch Kunststoffe verwendet usw. Die Produktion ökologischer Stoffe soll den KundInnen nützen und den Firmen. Allgemeininteressen stehen kaum noch im Mittelpunkt.

Spätere Produktionsbereiche setzen von Beginn an auf diese Schwerpunktsetzung. So gilt z.B. für den seit Ende der 90er Jahre dominanten Wachstumsbereich im Umweltmarkt, die regenerative Energie, fast immer, daß der Strom und die Rendite im Mittelpunkt stehen, aber nicht die Produktionsbedingungen der Energieanlage und die Umweltverträglichkeit des Standortes. Letzteres ist eher notgedrungen an einigen Standorten aufgrund des Widerstandes von Naturschutzverbänden einbezogen worden, die Windenergielobby spricht sich in ihren Texten meist eindeutig gegen eine starke Berücksichtigung des Faktors Umweltverträglichkeit bei der Standortauswahl aus und betreibt damit aus Profitgründen auch eine Spaltung von Umweltgruppen. Öko-Firmen werden hier oft zu erbitterten Gegnern von Öko-Gruppen.¹⁴

Die neueste Gruppe stellen die Dienstleistungsfirmen dar. Auffällig sind die Umweltbanken und VermittlerInnen von sog. Ethischen bzw. ökologischen/grünen Geldanlagen. Ihre Öffentlichkeitsarbeit ist seit Ende der 90er Jahre prägend und finanziell sehr erfolgreich. Riesige Geldmengen sind für als ökologisch verkaufte Projekte eingeworben worden. Die Aktienmärkte in diesem Bereich stiegen bis zum Jahr 2000 stark an (teilweise stärker als konventionelle Aktien), brachen aber im Jahr 2001 dramatisch ein. Nirgendwo anders ist die Renditeorientierung so ausgeprägt wie im Geldanlage-Markt, denn hier sind die AkteurInnen nicht mehr mit dem Produkt selbst in Verbindung, d.h. die Produktionsbedingungen und die Produktqualität ist für sie nicht mehr direkt erfahrbar. Das öffnet einer Beliebigkeit der Begriffe wie „ethisch“ und „ökologisch“ Tor und Tür. Als ökologische Geldanlagen gehen plötzlich Telekommunikationsunternehmen durch, weil deren Tätigkeit nicht im klassischen Sinne Umwelt zerstört, oder die jeweils als relativ am besten eingestuftem Unternehmen auch der Auto- oder Chemiebranche (wobei dann auch noch verschiedene Bewertun-

gen existieren und so jede Auto- oder Chemieaktien heute irgendwo auch in grünen Aktienfonds zu finden ist).

Im folgenden werden die verschiedenen Firmentypen näher durchleuchtet.

Die Umweltbanken¹⁵

Umweltbanken sind solche Dienstleister, die mit dem Geld der KontoinhaberInnen oder AnlegerInnen „arbeiten“, d.h. dieses wieder verleihen, Kredite vergeben, selbst Projekte starten usw. In Deutschland wurden bislang drei Banken als Umweltbanken bezeichnet.

– Die Ökobank war jahrelang die bekannteste umweltorientierte Bank und entstand aus der Initiative umweltengagierter Kreise, mit denen sie sich in den 90er Jahren jedoch hin zu einem ökoneoliberalen Stil wandelte. Kritik daran wurde abgewehrt, die Orientierung auf Öko-Großprojekte verstärkt. Folgerichtig kam die Bank 1999 in Geldschwierigkeiten und mußte 2001 aufgeben – die Konten wurden zunächst von der volksbankeneigenen BAG in Hamm weitergeführt und schließlich von der Gemeinschaftsbank GLS übernommen. Seit 1988 hatte die Bank bestanden und war im Eigentum von 25.000 GenossInnen, die jeweils Delegierte für die VertreterInnenversammlung wählten. Dort wurde der Aufsichtsrat bestimmt, der wiederum den Vorstand einsetzte. Der herrschte über die Geschäftsstellen – als eine reichlich indirekte Mitbestimmung der Basis, vernebelt durch den klangvollen Begriff der Genossenschaft. Filialen gründeten sich in Berlin, Frankfurt und Freiburg, insgesamt wurden 35.000 KundInnen betreut. Das Kreditvolumen erreichte 230 Mio. DM, davon ein Drittel Förderkredite für ökologische oder soziale Projekte. Ab Mitte der 90er Jahre setzte die Ökobank stark auf Großprojekte und forcierte die Öffentlichkeitsarbeit für solche Geldgeschäfte. Warnungen beachtete sie nicht – und scheiterte daran. 1999 gerieten einige der Großprojekte in Finanznot, darunter Windkraftprojekte und die Rommelmühle (siehe unten).¹⁶ Dieser wirtschaftliche Verfall setzte sich im Jahr 2000 weiter fort: „Leider sind auch in diesem Jahr einige unserer KundInnen in wirtschaftliche Probleme geraten“, heißt es im Protokoll der VertreterInnen-Versammlung am 18.11.2000 zum Punkt „Das Jahr 2000“.

Selbst als die Ökobank in Schwierigkeiten war, setzte sie noch offensiv auf kapitalistische Ziele. Die von den Volksbanken kommenden Sanierer im Vorstand griffen auf der VertreterInnenversammlung Ende 2000 KritikerInnen ebenso an wie der spätere Aufsichtsratsvorsitzende Burghard Flieger.¹⁷ Sie stellten offensives Marktverhalten als einzige Lösungschance dar.¹⁸ Zudem wurde die Krise nach außen hin lange verschwiegen, für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen geworben. Je 100-DM-Anteil war ein Jahr später 35 DM verloren. Die einflußlose Basis mußte draufzahlen, die ManagerInnen wurden nicht in Regreß genommen – und versuchten teilweise noch, ihre Unschuld zu beteuern.

Im Original: Auszug aus „Doppelte Dividende“, Kraut & Rüben 8/2001, S. 83

1999 geriet die Ökobank durch einige notleidende Großkredite in eine Schieflage, die inzwischen behoben ist.

Auszüge aus dem Protokoll der VertreterInnenversammlung am 18.11.2000 (www.oekobank.de)

Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung durch die Vorstandsmitglieder Förster und Viehoff war nicht gegeben. Sie tragen die besondere Verantwortung für die aus Kreditausfällen resultierenden hohen Belastungen der Vermögens- und Ertragslage. Hervorzuheben sind die bewußt eingegangenen strukturellen Risiken in Form von Blanko-Krediten und Branchen-Konzentrationen ... (Prüfbericht der Wirtschaftsprüfer auf der VV)

Wir sind der Ansicht, dass wir alles für einen ehrenamtlichen Aufsichtsrat Mögliche getan haben, um Schaden zu verhindern oder zumindest zu begrenzen. (Katrin Ostertag, Aufsichtsratsvorsitzende, auf der VV)

- Umweltbank: Neuer als die Ökobank ist die Umweltbank mit Sitz in Nürnberg. Bankgründer Popp stammt aus der Ökobank und wollte eine straffere, „banktypischere“ Bank gründen – was auch gelang und schon in der Rechtsform AG deutlich wird. 1997 gegründet, hatte sie vier Jahre später 4.000 AktionärInnen und 24.000 KundInnen. Kredite werden vor allem an Privatpersonen für Hausbau u.ä. vergeben sowie an ökologische Projekte. Neben dem Bankgeschäft begleitet die Umweltbank Börsengänge ökologischer Firmen und vermittelt Direktanlagen.
- GLS: Die älteste der Ökobanken in Deutschland ist jedoch die Gemeinschaftsbank Leihen und Schenken (GLS) in Bochum. Sie gehört zu den vielen Firmen und Einrichtungen der AnthroposophInnen, viele derer Projekte werden von der GLS finanziert. Die Gründung erfolgte 1974, die Bank hat 24.000 KundInnen – durch die Übernahme der Ökobank-KundInnen im Jahr 2002 wird diese Zahl deutlich ansteigen. Die Steigerungsraten in den Umsatzzahlen sind ohnehin beachtlich: Das Bilanzvolumen stieg von 368,5 Mio. DM im Jahr 2000 auf 436,7 Mio. DM ein Jahr später, also eine Erhöhung um 18,5 Prozent. Die Einlagenhöhe stieg um 17,2% von 327,4 Mio. auf 383,7 Mio. DM. Noch schneller steigerte sich die Kreditvergabe von 203 Mio. auf 245,3 Mio. DM, also plus 20,9 Prozent. Die prozentualen Steigerungsraten lagen deutlich über denen des Vorjahres, d.h. die Wachstumsrate stieg.¹⁹ Filialen gibt es in Hamburg und Stuttgart. Das besondere an der GLS ist die Finanzierungsart. Statt Zinsen werden Bearbeitungsgebühren erhoben, die Bank besteht meist auf eine breite Unterstützung der zu finanzierenden Projekte, was sich z.B. in Bürgschaften für einen gewährten Kredit ausdrückt. Durch diese Verfahren ist die GLS für viele selbstverwaltete Projekte zum wichtigsten Partner geworden.
2001 ging die GLS im neuen Groß-Finanzmarkt privater Renten eine Kooperation mit der konventionellen Mannheimer Versicherungs AG ein.²⁰ Die Informationspolitik dazu war gegenüber den KundInnen und Kooperationspartner minimal.

Alle Umweltbanken sind bzw. waren auch in der Geldanlagevermittlung tätig – direkt oder über Tochterfirmen, d.h. die Ausführungen des folgenden Kapitels gelten auch für sie.

Geldanlagevermittlung

Der „Shooting-Star“ der Öko-Betriebe ist der Geldanlagebereich. In wenigen Jahren sind viele Firmen entstanden mit riesigen Umsätzen. Die Spanne reicht von der Vermittlung von Direktanlagen (finanzielle Beteiligung an konkreten Projekten, z.B. Firmen, Energieanlagen, alternativen Wohn- und Gewerbeanlagen) über den Verkauf neuer Aktien (das Geld erhält dann die Firma) und den Handel mit Aktien (das Geld erhalten dann die VorbesitzerInnen) bis zu sonstigen Finanzdienstleistungen, z.B. Versicherungen oder Beratungen für Firmenstarts, Erbschaften oder Steuererklärungen. Beim Aktienhandel ist noch zwischen Einzelaktien und Aktienfonds zu unterscheiden. Letztere werden von den AnbieterInnen zusammengestellt und bieten durch ihre Streuung ein geringeres Risiko, aber auch weniger Gewinnchancen. Die Qualität von Aktienfonds für den Umweltschutz hängt an den dort geltenden Kriterien. Oft sind dort Unternehmen zu finden, die nach zweifelhaften Maßstäben ausgewählt sind, z.B. daß sie der relativ beste Betrieb ihrer Branche sind oder daß ihre Tätigkeit scheinbar wenig Auswirkungen auf die Umwelt haben.

Im Original: Auszug aus „Doppelte Dividende“, Kraut & Rüben 8/2001, S. 82f.

In ihrem Portfolio unterscheiden sich diese Fonds erheblich. Zum Zuge kommen neben echten Umweltaktien auch ökologisch und sozial vorbildliche und weltweit tätige Unternehmen aus anderen Branchen. So lässt sich erklären, dass sich die Aktie der British Telecom im Frühjahr in neun Ökofonds fand. Auch andere Technologiewerte wie Nortel, Nokia, Canon oder Sony waren zahlreich vertreten. In einigen Fällen fanden sich auch Aktien des Ölkonzerns BP Amoco, des Chemie-Multis Bayer oder des Autoherstellers BMW. Für ökologisch engagierte Menschen gelten diese Papiere eigentlich nicht als Umweltaktien. Doch diese Unternehmen haben sich in ihren Branchen bei einschlägigen Vergleichen als die am nachhaltigsten wirtschaftenden Betriebe erwiesen.

Auszug aus Rainer Griebhammer, „Schummelpaket Nachhaltigkeitsfonds“ in: punkt.um 6/2000, S. 8
Interessant ist, welche Branchen von den Umweltfonds berücksichtigt werden. So werden auffällig viele Telekommunikationsunternehmen in die Umweltfonds aufgenommen. Zum einen, weil diese per se als dematerialisierte saubere Unternehmen gelten, zum anderen, weil sie sich an der Börse vergleichsweise gut entwickeln und damit die Performance der Umweltfonds anheben.

Ohnehin ist der Bereich Ökofonds ein zweifelhaftes Geschäft. Im Gegensatz zu den Direktanlagen und zur ersten Ausschüttung von Aktien durch die Firma selbst kommt das Geld beim Handel mit Aktien (der ja für den Wertgewinn der Aktie unerlässlich ist) den VorbesitzernInnen zugute.

Die Höhe der Geldanlagen in „grüne“ Aktien, Fonds und Zertifikate schnellte binnen weniger Jahre deutlich nach oben. 1998 wurden 101 Mio. Euro angelegt, 1999 waren es schon 465 und im Jahr 2000 1.400 Mio. Euro.²¹

- Profit statt Qualität: Mit der Orientierung auf Renditen gehen politische Ziele verloren. Zum Erfolg wird der Aktienkurs, nicht mehr der Fortschritt für die Umwelt. Das Etikett der Umwelt bleibt zwar als allgemeiner Rahmen erhalten, betrifft aber nur noch den Gesamtzusammenhang (regenerative Energie, Öko-Lebensmittel, Recyclingsystem u.ä.) oder einen einzelnen Faktor in der gesamten Produktion. Tatsächlich ist nicht mehr Voraussetzung, daß die maximale Umweltfreundlichkeit angestrebt wird.

Im Original: Ökoinstitut (2000), Umweltfonds im Vergleich (S. 1)

Die meisten Fonds setzen auf Großunternehmen (Blue Chips), die nach dem „best in class-Prinzip“ im Vergleich zu ihren Mitbewerbern als „Ökoleader“ oder als „ökoeffizienter“ eingeschätzt werden.

Alfred Platow, Chef der versiko AG im Interview mit investor 12/2000, S. 136

Unsere ökologische Ausrichtung läßt sich nicht an unlackierten Bleistiften, Teppichböden aus reiner Schafswolle und dem Schlips aus Naturtextilien erkennen. Jede große Versicherung oder Bank hat heute schon aus Marketinggründen ein Öko-Audit oder -Outfit. ... Ökologie besteht aber in unserer Definition aus zwei wesentlichen Elementen. An erster Stelle steht die Ökonomie, also der Umgang mit Geld. ... Wenn ich Ökologie als kapitalistisches Machtmittel akzeptiere, dann besteht Ökologie aus ökonomischer Werterhaltung, dem Geld schlechthin. ...

- Wechsel in der Außendarstellung: Anfangs konkurrierten Öko-Geldanlagen (wie andere Ökoprodukte auch) zumindest teilweise noch um die Umweltqualität, die besseren Verkaufschancen ökologischer Qualität ließen manche Firma auf solche Orientierung umstellen. Inzwischen sind Öko-Geldanlagen aber fast ausschließlich auf die Renditehöhe ausgerichtet. Die KundInnen (Aktienkauf oder Direktanlage) werden mit hohen Renditeversprechungen angelockt, die Informationsarbeit zur Umweltverträglichkeit der durch die Geldanlage unterstützen Firmen und Produkte ist meist sehr spärlich. Mit dieser Neuausrichtung wechselt auch Stück für Stück die Zielgruppe. Der Großteil der Geldan-

lagen wird heute über konventionelle Wege vermittelt, z.B. über Managermagazine, Anzeigen in Zeitungen wie der FAZ.

Im Original: Pressemitteilung der Öko-Aktien GmbH, 28.7.2000²²

Öko-Aktien, kostenfrei zum Millionär

Auszug aus dem Handelsblatt, 17.1.2001

Mit Aktien von alternativen Energieerzeugern ließ sich im vergangenen Jahr viel Geld verdienen.

Vorwort des Infobriefs Dez. 2000 der Umweltfinanz, Berlin

... eröffnet völlig neue Perspektiven ... verwunderte es uns nicht, daß es am 18.9.2000 zu einem denkwürdigen Tag für die grüne Geldanlageszene kam: mit Wertsteigerungen zwischen 15 und 41 % belegten die deutschen börsennotierten regenerativen Energieaktien die ersten sechs Plätze in der Rangliste der erfolgreichsten Aktien.

Diese Entwicklung des Geldanlagebereichs war auch sehr gut an den Messen „Grünes Geld“ erkennbar. War die erste 2000 in Hamm noch klein, überschaubar und zwischen den Ständen der Geldanlagefirmen und Ökobanken so manches selbstverwaltete Projekt zu finden, so fand die zweite im Jahr 2001 im Rahmen der Grünen Woche in Berlin statt. Hier dominierten die größeren Firmen, Banken und BeraterInnen. Im Jahr 2002 sollte die Messe erneut umziehen – diesmal zur CapitalWorld auf das Messegelände Hannovers. Dort inmitten von Diskussionen um Börsen und Aktienkurse, wollten sich die ehemaligen Umweltleute einnisten. Das Unterfangen scheiterte jedoch – die einbrechenden Kurse Ende 2001 ließen die CapitalWorld-MacherInnen die Messe absagen. Die „Grünes Geld“ ging mit unter. Wer sich auf die Marktlogik einläßt, kommt in ihr um – die Symbolik war überdeutlich. Doch die Geldanlagefirmen und ihre UnterstützerInnen wie das Ökozentrum Hamm, Umweltbanken usw. kündigten trotzig einen neuen Versuch an.

Neben dieser Hauptentwicklung bleiben Formen der Direktanlage, die von Projekten selbst ausgehen oder sehr eng an diesen orientiert sind (z.B. die Projektfonds der GLS-Bank). Hier rückt das Projekt und seine Qualität in den Vordergrund, die Marktlogiken wirken nur soweit als daß sich auch hier das Projekt in Bezug auf die Geldquellen konkurrierend verhält. Die großen Geldmengen im BildungsbürgerInnentum verhindern zur Zeit Mangel und damit auch die negativen Auswirkungen der Konkurrenz. Das aber kann sich ändern.²³

Öko-Produkte und -Geldanlagen als Zweig konventioneller Geldinstitute

Ökologische Aktivität findet auch seitens solcher Firmen statt, die sich insgesamt nicht oder nur in der Werbung als umweltorientiert darstellen: Kleine und große Banken, Konzerne aller Art, Dienstleistungsunternehmen.

- Öko-Produkte: Neue Ökoprodukte werden meist von kleineren Firmen und mit idealistischem Hintergrund entwickelt. Finden sich breitere KäuferInnenschichten, steigen große Konzerne ein und übernehmen in kurzer Zeit die Marktführung. Dann können sie auch die Rahmenbedingungen und die Preise bestimmen, in den Massenproduktionen wird die Kontrolle schwieriger.
- Öko-Geldanlagen: Viele konventionelle Anbieter von Direktanlagen, Aktien und Aktienfonds-Beteiligungen haben inzwischen auch Öko-Angebote. Darunter finden sich auch viele ohne klare Öko-Kriterien, z.B. ein Aktienfonds der Deutschen Bank in Kooperation mit dem WWF, wo der WWF einen Teil der Rendite erhält, ansonsten aber „normale“ Aktien im Fonds zu finden sind.
- Ökosiegel und -werbeaussagen: Hinzuzufügen wären noch die Strategien, Firmen mit Öko-Siegeln und Werbeaussagen ein grünes Mäntelchen zu verpassen. Die vielen Ein-

zerversuche würden den Rahmen dieses Buches sprengen. Beispielhaft sei das Öko-Audit erwähnt – ein Instrument, nach dem Firmen ein eigenes Management aufbauen oder eine externe Firma beauftragen, die das Umweltverhalten des Gesamtbetriebes oder eines Teil desselben begutachtet, transparent macht und Lücken aufzeigt. Das Öko-Audit wird an alle Firmen vergeben, die sich auf diese Weise selbst kontrollieren oder kontrollieren lassen. Sie müssen keinerlei tatsächliche Verbesserung erreichen. Auch geht es nicht um umweltfreundliche Produktionsmethoden, sondern allein um die Beobachtung. So ist nicht überraschend, daß inzwischen selbst Atomkraftwerke (z.B. Isar I und II) sowie die atomare Wiederaufbereitungsanlage in La Hague das Öko-Audit nach europäischer Regelung haben. Es ist sogar die Tendenz erkennbar, daß gerade große und umweltbelastende Firmen das Öko-Audit am schnellsten erreichen, weil sie ohnehin über eigene Umweltaufteilungen und eine Beobachtung der Umweltverschmutzungsdaten verfügen. Kleinere Firmen dagegen können sich die Fremdbegutachtung oft nicht leisten. Insofern verwirrt das Öko-Audit eher als daß es Klarheit schafft.

Doch es kommt noch schlimmer. Ganz im Sinne neoliberaler Ideen sollen Firmen, die das Öko-Audit haben, von behördlichen Kontrollen ausgenommen werden. Diese Gesetze sind überwiegend erst in Vorbereitung. Angesichts dessen, daß gerade große und umweltbelastende Firmen über das Öko-Audit verfügen, bedeutet das, daß Atomkraft- und Chemiewerke in Zukunft weniger überwacht werden als handwerkliche Kleinbetriebe.

Ökokapitalistische Projekte

Geldanlagevermittlung ist erst seit wenigen Jahren ein großes Geschäft. Davor ging es eher um kleine Summen oder Bankkredite aus dem Volumen der Ökobanken. Auf diese Art entstanden bis heute etliche ökokapitalistische Projekte wie Vermarktungshallen, Großkaufhäuser usw. Der erste Protzbau der Umweltbewegung war das Ökozentrum in Frankfurt (Kasseler Str. 1A), das mit vielen Millionen aufgebaut wurde. Das Geld stammte aus einem Grundstücksverkauf an eine konventionelle Bank, der Neubau beherbergt heute teure Büroräume, ein edles Tagungszentrum, ein konventionelles Schicki-Micki-Restaurant, Arztpraxen usw.²⁴ Das Restaurant rühmt sich selbst, nur wenige Bio-Angebote zu machen, so sei man auf dem richtigen Weg heraus aus der Öko-Ecke. Konventionelles Fleisch von Rind und Schwein gibt es stattdessen – aber teuer (passend zur reichen Zielgruppe). Alternative Gruppen in und direkte Aktionen aus der Kasseler Str. 1A gibt es dagegen nicht mehr.

Im Original: Auszüge aus der Werbung des Tagungshauses Ka Eins

S-Bahn-Anschluß zum Flughafen ... 5 Auto-Min. zur BAB-Abfahrt ... Helle Tagungsräume mit natürlichem Klima ... Zeitgemäße Medienausstattung und variantenreiche Tagungskost. ... Präsentieren Sie im Saal mit Empore. ... Genießen Sie die Standards oder die Gerichte der täglich wechselnden Karte des Café Restaurants „ARCHE NOVA“ im Haus, das für ihre Empfänge, Galas und Betriebsfeiern prachtvolle Menüs und Buffets – auch als kbA-Angebote – zubereitet.

Auszüge aus der Speisekarte des Restaurants „Arche Nova“²⁵

Seezungenfilet in Weißweinkräutersauce ... 23,50 DM ... Flugentenbrust mit Orangensauce ... 24,80 DM ... Wiener Schnitzel ... 18,80 DM ... Filetsteak mit Balsamicosauce ... 29,80 DM ... Schweinemedallions mit Estragonsauce ... 20,50 DM.

1997 folgte dann der Versuch, den Frankfurter „Rekord“ zu überbieten. Die Ökobank, die Deutsche Umwelthilfe (eine der korruptesten Umweltorganisationen, siehe Kap. 3.2.6) und der BUND legten einen Immobilienfond auf, um die Rommelmühle zu sanieren. Knapp 50 Mio. DM sollte das Projekt kosten und für die Ökobank den Durchbruch zur Milliardenbank bringen, wie die Ökobankchefs vollmundig erklärten. Tatsächlich war die Rommelmühle

schnell in Geldnot, die Ökobank zerbrach an den finanziellen Folgen dieses und einiger anderer Großprojekte.

Im Original: Auszüge aus der Ökorespondenz, Nov. 97 (S. 8+9, 19)

Bei der symbolischen Grundsteinlegung Ende September wurde die Ökobank durch Oliver Förster vertreten, der in seinem Grußwort an die anwesenden VertreterInnen von Presse, Politik und vom Projekt vor allem „die besondere Verführungskraft des Objektes“ hervorhob, das selbst das Herz eines eher sachorientierten Bankers schneller schlagen lasse. ... Wohnungen für ca. 100 Menschen ... Gesundheitszentrum ... auf 8.583qm entstehen das Öko-Kaufhaus, das Dienstleistungszentrum und die Restaurants. ... Areal am Stadtrand von Bissingen, an der Nahtstelle zwischen Natur und Bebauung. ... Zur Realisierung des Öko-Kaufhauses hat die Ökobank erstmalig einen geschlossenen Immobilienfonds aufgelegt. ... Sie sollten 30.000, DM und mehr zur Verfügung haben und diese langfristig anlegen können. ... Ab einem persönlichen Steuersatz von 35% ist das Angebot auch aufgrund der steuerlichen Vorteile sehr interessant. ... Ein Investment, daß sich für Sie und Ihre Umwelt lohnt!

Neben der Rommelmühle sind etliche weitere Großkaufhausprojekte im Ökobereich in Planung. Zu den „Großen“ gehören zudem immer mehr Windenergieprojekte. Hier ist der Wandel von kleinen Anlagen zu großen Windparks besonders auffällig – mit Konsequenzen, denn immer häufiger beginnen sich BürgerInnen gegen Windenergieanlagen zu wehren, weil hoher Kapitalansatz Mitbestimmungsrechte außer Kraft setzt. Im Gegensatz zu kleinen Anlagen, die meist intensiv in den Orten der Nähe diskutiert werden und wo auch Chancen bestehen, viele BürgerInnen aus der Region als AnlegerInnen zu finden, werden für große Windparks meist bundesweite Fonds aufgelegt und die Anlagen ohne umfangreiche Einbindung der örtlichen Bevölkerung durchgesetzt. Die Privilegierung von Windanlagen im Baurecht wurde als Sieg gefeiert – obwohl (weil?) damit auch die Bürgerbeteiligung stark eingeschränkt war. Inzwischen stehen Offshore-Anlagen hoch im Kurs. Mit Investitionen im Milliardenbereich sollen riesige Windanlagen im offenen Meer gebaut werden, deren Strom nur noch über den Markt verkauft werden kann, weil es keine direkten AnliegerInnen mehr gibt. Wo Kapitalverhältnisse dominieren, führt das zur Einschränkung der Mitbestimmung – diese Regel gilt auch für den Öko-Bereich.

Im Original: Auszüge aus dem Werbeprospekt zum Beteiligungsfonds an der Windkraftanlage Utgast II (1997/98 von Ökobank und anderen verbreitet)

Der Windpark Utgast – der derzeit größte deutsche Windpark. ... 32,5 Millionen DM ... 22 Windkraftanlagen ... Mindestbeteiligung ab 20.000 DM ... Rendite ca. 8%, je nach persönlichem Steuersatz. ... Windkraftanlagen gehören dabei zu den Investitionsgütern, denen in langfristiger Betrachtung überdurchschnittliche Kapitalrenditen prognostiziert werden. ... attraktives Beteiligungsangebot entwickelt. Es verbindet die Vorteile einer zukunftsorientierten Kapitalanlage mit den Merkmalen einer klassischen Unternehmensbeteiligung: Konservative Kalkulation, erprobte Technologie und ein Bauträgermodell mit abgesicherten Investitionskosten.

Neben den Großprojekten haben sich in den letzten Jahren viele mittelgroße Gewerbe- und Wohnprojekte über Direktanlagen finanziert. Beispiele sind das Ökologische Zentrum in Verden und deren AllerWohnen-Genossenschaft, die mit 3,5 Mio. DM²⁶ aufgebaut wurden, AllaHopp in Bremen und vergleichbare Projekte. Alle staatlichen Förderungen werden meist ausgenutzt, dafür nicht nur Abhängigkeiten in Kauf genommen, sondern oft auch offensichtliche Anbiederung betrieben. Für Geldanlagen werden gezielt Menschen aus dem linksbürgerlichen Bereich angesprochen. Intern regieren die mit starken Vollmachten ausgestatteten Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat.²⁷ Viele dieser Projekte sind Beispiel für

den Wandel alternativer zu kapitalistischer Einstellung. So entstand das Projekt in Verden unter dem Titel VERbunt. Dieses entstand 1992 mit dem Ziel, Keimzelle einer neuen Gesellschaft zu sein. Gewandelt ist es zu einem hochstrategischen Konzern, der es versteht, maximale Gelder vom Staat und der reichen BürgerInnen zu ziehen, die gern ihr Restgewissen in Sachen Umweltschutz mit sogenannten ethischen Geldanlagen beruhigen, wenn dazu noch Renditen herauspringen. Das veränderte auch die Inhalte – im Verdener Projekt sitzt seit 2000 die Zentrale der marktwirtschaftlich orientierten und prostaatlichen Organisation attac, deren hierarchischer Aufbau auffällt. Zudem gründete sich dort die Bewegungsstiftung, die konsequent Geld zur Grundlage von politischer Arbeit und wachsender Hierarchie machte – sie nimmt die wichtigen AkteurInnen verschiedener sozialer Zusammenhänge auf die eigene Lohnkarte, vergrößert damit den Abstand zwischen FunktionärInnen und Basis gezielt, wobei zeitgleich die FunktionärInnen in eine finanzielle Abhängigkeit zum Verdenprojekt gebracht werden. Attac-Büro und Bewegungsstiftung sind weitgehend personalidentisch.

Nicht alle Projekt, die Direktanlagen als Grundlage wählen, entwickelten daraufhin kapitalistische Verhaltensweisen und entpolitisierten sich. Positive Beispiele sind z.B. mit AllaHopp in Bremen oder dem Mietshäuser-Syndikat in Freiburg (www.syndikat.org) zu finden. Viele Kommunen und Ökodörfer aber werden zu Geldanlagestellen in Konzernstruktur, der Ökoliberalismus regiert längst das, was eigentlich „alternativ“ sein wollte. Dieser Wandel vollzieht sich allmählich auch in vielen älteren, alternativen Lebensprojekten. Einzelprojekte zeigen sogar noch deutlich krassere kapitalistische Ausformungen, z.B. der Beginenhof in Bremen, der schon vor dem Baubeginn auf kapitalistischem Kurs war, alte Bausubstanz durch Neubauten ohne ökologische Orientierung ersetzte – und Ende 2001 bankrott war. Gegenbeispiele antikapitalistischer Praxis, also einer materiellen Reproduktion zumindest weitgehend auf der Basis von Selbstorganisation und Kooperation sind selten, am bekanntesten ist die Projektwerkstatt in Saasen (www.projektwerkstatt.de/saasen). Dieses Projekt zeigt aber auch, daß solche Praxis nur auf wenig Akzeptanz der auf Staat und Markt fixierten politischen Arbeit und AkteurInnen stößt.

Auch an der Landwirtschaft geht die Kapitalisierung nicht spurlos vorbei. Sowohl ökologische Betriebe als auch Vermarktungseinrichtungen werden immer größer, zentraler und mit mehr Kapitalaufwand errichtet. In Hessen baute Bioland die „Bio-Halle Alsfeld“ als Großvertrieb für Schlachtprodukte aus den Ökohöfen. Der Organisator der Biohalle, ein klassischer Öko-Manager-Typ, bezeichnete auf einer Biolandveranstaltung dezentrale Vermarktungsstrukturen als sinnlos.²⁸ Die Bio-Halle schuf eine starke Zentralisierung im Biofleischbereich.

Der deutlichste Beleg für die Orientierung ökologischer Betriebe an kapitalistischen Zielen (statt an den politischen Positionen Selbstbestimmung, Dezentralität, Umweltschutz, Menschenrechte oder Solidarität) bilden die ökologisch orientierten Banken. In ihnen gibt es einen klaren Trend, große Prestigeobjekte zu fördern. Sie stellen in ihren Veröffentlichungen immer wieder die Anlagesicherheit von Großprojekten dar. Ob bei Ökozentren, Windenergieanlagen oder anderem – gefördert wird vor allem, was groß und teuer ist. Daß solche Projekte fast immer von oben organisiert werden, daß sie Hierarchien fördern und zum Teil gegen den Widerstand von unten (z.B. bei großen Windparks) durchgesetzt werden, interessiert die Öko-KapitalistInnen gar nicht mehr. Noch gibt es bei den Banken auch Förderungen kleiner Projekte, in der Werbung aber stehen sie im Hintergrund.

Nur ganz wenige Betriebe schaffen es, auf geschickte Weise politische Handlungsfähigkeit und Marktorientierung miteinander zu verbinden. Sie nutzen verschiedene Namen für Be-

trieb und politische Aktionen, um beides ohne die negative Wirkung aufeinander abwickeln zu können, oder stellen weiterhin Räume und Know-How zur Verfügung (auch wenn sie selbst nicht mehr aktiv sind).

3.9.3 Politische Bewertungen

Unterwerfung unter die Logiken des Marktes – mit Folgen!

Der Markt ist kein neutraler Raum. Anders als die Suggestion der großen Freiheit und unbegrenzten Möglichkeiten stellt die Marktwirtschaft einen festen Rahmen dar, der bestimmte Verwertungs- und Handelsbeziehungen erzwingt und konkurrierende Beziehungen der Menschen und Firmen untereinander sowie des Marktes insgesamt zu anderen Ökonomieformen wie Bedarfswirtschaft, direkten Tauschbeziehungen, Gemeinschaftseigentum oder gesellschaftlichem Reichtum herstellt. Gegen diese und damit auch gegen das Selbstbestimmungsrecht der Menschen auf die Wahl der Form ihrer ökonomischen Beziehungen setzt sich der Markt nicht als überlegene Wirtschaftsform, sondern mit der Gewalt von Armeen, Polizei, Justiz und Behörden der Nationalstaaten sowie deren internationalen Zusammenschlüsse durch.²⁹

Diesem Markt unterwerfen sich ökologische Firmen und Geldanlagevermittlungen, die nach Marktlogiken agieren. Sie stehen damit in konkurrierenden Verhältnissen und müssen sich zwangsweise um eine möglichst hohe Profitabilität sowie die Sicherung von Macht (Kapital, Monopole usw.) kümmern. Das geht immer auf Kosten von Umwelt³⁰ und Mitbestimmung.

Weitere Folgen des Zwangs zur Profitabilität sind Täuschungen und Tricks in der Werbung sowie die Gefahr von Konkursen, Aufkäufen usw. Beispiele:

- Der Natur-Aktien-Index (NAX) beschreibt auf der Basis ausgewählter Aktien die Bewertung speziell von Öko-Aktionen. Seit 2001 gibt es einen dazugehörigen Fonds mit Namen „Green Effects“ der Firma Securvita. Der NAX (und damit der Fonds) berücksichtigt aber nur solche Aktienpapiere, die leistungsstark sind. Damit wird der tatsächliche Kursverlauf gefälscht. Beteiligt an der Auswahl der Aktien sind Vertreter der NGOs Deutschen Entwicklungsgesellschaft, German Watch und Südwind, den Instituten Katalyse und Wuppertal-Institut, der Zeitschriften natur&kosmos und Öko-Invest³¹
- Die Ausrichtung auf die Aktienkurse von Öko-Firmen führt zu Effekten wie in der sonstigen Wirtschaft. Wichtig ist nicht mehr der Umwelteffekt, sondern die „shareholder value“.³²

Im Original: Aus einer Pressemitteilung von Murphy&Spitz am 28.2.2002

Nach dem Boomjahr 2000 und der Kurskonsolidierung 2001 herrscht Katerstimmung für Wind- und Solaraktien. In den vergangenen 8 Wochen ist es zu einem massiven Kursverfall gekommen.

- Konkurrenz, Pleiten und Akkumulation: Immer wieder werden Firmen aufgekauft – weil ihre Aktien an Wert verlieren oder die Firma pleite geht. Folge ist eine Akkumulation, zudem werden bislang umweltorientierte Kleinbetriebe oft in stärker profitorientierte Großkonzerne integriert. Beispiele für Firmenpleiten der letzten Jahre: Waschbär Versand, Ökostrom AG (an Nordstrom), Hess Natur (an Neckermann), unit energy (überwiegend an Nuon), united nature.

Im Original: Klappentext des Geschäftsbericht 2000 der Firma Umweltkontor
Bis zum Jahr 2005 will Umweltkontor auch in Europa Marktführer sein.

- Profitgier und daraus folgende Skrupellosigkeit: Wo Marktwirtschaft herrscht, setzt sich auch Profitdenken durch bzw. werden Personen mit solchen Ausrichtungen zu Spitzenkräften. Das findet fast überall statt – selbst im Umweltverbänden, bei denen die Steigerung der Geldeinnahmen zum Hauptzweck geworden ist. Ein besonders ausgeprägtes Beispiel ist der Versuch von B.A.U.M., eine Verwertungsfirma für die Rechte an den Janosch-Werken zu gründen. Dafür wurden erhebliche Mittel aus den Beständen der B.A.U.M. AG verwendet, die aber als ökologische Geldanlage eingesammelt wurden. Geht das Unternehmen pleite, ist das Geld verloren. Wenn nicht, ist es auf Jahre verloren und kann erst über die Gewinnausschüttung allmählich zu B.A.U.M. zurückfließen.³³

Die Geldquellen im Ökokapitalismus

Hinter dem „Öko-Kapitalismus“ stecken zwei wesentliche Geldquellen, die wenig mit alternativen Ideen zu tun haben. Zum einen staatlichen Förderungen, z.B. Eigenheimzulage, Wirtschaftsförderung, direkte Zuschüsse oder Förderungen für regenerative Energien, sozialen Wohnungsbau, ABM Gelder und vieles mehr. Durch die Entpolitisierung vieler UmweltaktivistInnen der 70er und 80er Jahre, vor allem aber durch die „Öko-Yuppies“, die sich zur Zeit in Umweltverbänden und -projekten breitmachen, hat sich das Denken sehr stark verändert. Statt politischem oder ökologischem Sachverstand bringen Nachwuchsleute in Umweltorganisationen heute eher betriebswirtschaftliche Orientierungen ein. So gilt nicht mehr das, was politisch richtig ist, sondern das, was am meisten Geld bringt. Arbeitsinhalte und -strategien werden danach ausgerichtet, wofür es staatliche Fördergelder gibt. Das betrifft zum einen den Vorrang wirtschaftlicher Überlegungen vor politischen Zielen, zum anderen aber auch die inneren Strukturen. Entscheidungsstrukturen in Projekten, die Gleichberechtigung und Basisorientierung zum Ziel haben, sind oft nicht geeignet, öffentliche Förderungen in Anspruch zu nehmen. Daher dominieren immer mehr zentralistische Organisationsmodelle die (ex)alternative Szene. Offene Netzwerke oder formlose Aktionsgruppen sind vorbei, moderne Öko-ManagerInnen verpassen den alternativen Ideen den Status von Genossenschaften, GmbHs oder ähnlichem. Neben direkten Förderungen kommen ABM-Stellen, Lohnkostenzuschüsse, FÖJ-Stellen, Arbeit-statt-Sozialhilfe-Maßnahmen und weitere direkte Staatsförderungen in Frage. Besonders widersprüchlich: ABM-Kräfte, Zivildienstleistende und bezahlte Baufirmen bauen selbstverwaltete Ökozentren auf – das bedeutet nichts anders, als das mit staatlichen Mitteln über Lohnabhängige das als selbstverwaltet gepriesene Projekt verwirklicht wird. Selbstverwaltung und Ökologie verkommen zu lukrativen Mogelpackungen.

Eine zweite, deutlich an Bedeutung gewinnende Quelle sind Einzelpersonen. Die Öko-KapitalistInnen haben bei ihrer ständigen Suche nach Geld entdeckt, daß die UmweltschützerInnen der 70er und 80er Jahre heute überwiegend eine reiche, linksbürgerliche Schicht bilden, in der viel Geld vorhanden ist. Nicht nur aus der Vergangenheit heraus (politisches Engagement), sondern auch aus dem hohen Bildungsgrad ergibt sich die Neigung dieser Schicht, immer wieder nach Möglichkeiten zu suchen, mit Ablaßhandlungen das Gewissen zu beruhigen und so die Tatsache der politischen Untätigkeit, Anpassung und des hohen, ökologisch belastenden Lebensstandards zu verdrängen. Greenpeace und zunehmend auch andere Umweltverbände leben davon, daß Geldspenden zu dieser Form des Ab-

laßhandels gehören: Man schützt nicht mehr die Umwelt, man läßt schützen.³⁴ In genau diese Kerbe schlägt die Idee, Anlagefonds und -objekte zu schaffen. Mit teilweise unglaublichen Mindesthöhen (z.B. im Fall der Rommelmühle 30.000 DM, beim Windpark Utgast 20.000 DM und bei AllerWohnen immerhin noch 10.000 DM) können Menschen ihr Geld statt auf der Bank in solchen scheinbar ökologischen Projekten bunkern und erhalten trotzdem Zinsen. Diese sind zwar teilweise geringer als bei den Großbanken, aber die Geldmenge ist ja nicht das Problem der linken BürgerInnen.³⁵ Aufrufe zur Geldanlage in scheinbar ökologische Projekte haben zur Zeit Hochkonjunktur. Deutlich sichtbar ist, wie durchgreifend der Effekt des Ablaßhandels funktioniert: Die GeldanlegerInnen reagieren völlig euphorisch auf die ihnen angebotenen Projekte und prüfen diese in der Regel kaum. Dem so mit Millionen ausgestatteten Projekt hilft der Unterschied von privaten zu Bankkrediten allerdings nur in der Frage der Zinsen. Die Abhängigkeit bleibt. Das Projekt ist mit Geld (Kapital) aufgebaut und nicht aus der Kraft der das Projekt tragenden Menschen. Die sind beliebig austauschbare MieterInnen oder MitarbeiterInnen bzw. Angestellte geworden, die Ökonomie beherrscht das Geschehen.

Im Original: Auszüge aus dem „taz“ Artikel „Mehr Grün auf dem Markt“, 27.12.1997 (S. 18)

... sollte es für möglichst jeden Typ eine attraktive Möglichkeit geben, mit seiner Kapitalanlage ökologischen Wirtschaftsweisen auf breiter Front zum Durchbruch zu verhelfen: „Wir brauchen richtig dickes Geld“.

Auszüge aus „Soziale Bewegungen im Umweltbereich“ von Thomas Bacher u.a. (1990, FH München, S. 128)

These 5: Die Ökologiebewegung kapitalisiert sich zunehmend. Sie trennt dadurch diejenigen, die im Projekt ökologischer Modernisierung ihre berufliche, moralische und persönliche Stabilität gewinnen können von denjenigen, die nach einigen Jahren des ehrenamtlichen Engagements mit privatem Rückzug aufgrund von „burning out“ reagieren.

These 6: Sofern sich die Ökologiegruppen kapitalisieren, gehen sie Bündnisse ein, die der ursprünglichen Ökologiebewegung sehr fern waren.

Auszug aus „Rendite mit Abschlag“, Ökowerkmagazin 11+12/1997 (S. 16)

Daß Ökologie und Ökonomie sich nicht unbedingt gegenseitig ausschließen und auch mit Ökofonds Gewinne zu erzielen sind, zeigt das letzte Jahr. Fast alle Ökofonds erzielten in den letzten zwölf Monaten zweistellige Renditen.

Betriebe und politische Bewegung

Ökologische Betriebe sind Teil der Umweltbewegung. Ihre Werbung kann Bewußtsein schaffen oder Scheinlösungen anbieten. Ihre Produkte können glaubwürdig oder Mogelpackungen sein. Ökobetriebe oder die MitarbeiterInnen können politische Gruppen unterstützen oder mißachten. Sie können sich sogar distanzieren, z.B. um ein bestimmtes Image zu behalten und so Umsätze zu sichern. All das hat Auswirkungen auf den Umweltschutz, auf das öffentliche Bewußtsein und das konkrete Verhalten.

In den Gründerjahren der Öko-Betriebe gab es fast immer direkte Beziehungen zu politischen Aktionsgruppen. Meist kamen diejenigen, die solche Betriebe gründeten, auch aus politischen Gruppen und waren zunächst weiter dort aktiv. Die Betriebe trugen oft den Protest mit, standen unter Aufrufen, stellten ihre Einrichtungen und Möglichkeiten zur Verfügung (Druckmaschinen, Werkzeug, Faxgeräte usw.) oder waren am Abend oder am Wochenende einfach Treffpunkt für Aktionsvorbereitungen. Ein wichtiger Teil der Betriebsgründungen aus der aktiven Bewegung waren DienstleisterInnen, die ihre Fähigkeiten nach außen „verkauften“ und nach innen, d.h. in der Umweltbewegung, oft unentgeltlich weitergaben. Einzelne tun das sogar bis heute. Beispiele sind einige Verlage, Druckereien und Institute wie das Öko-Institut,³⁶ das Umweltinstitut, Katalyse oder die Gruppe Ökologie. Es gibt

Betriebe, vor allem aber einzelne Personen in ihnen, die das alte Denken noch bis heute erhalten haben und sehr positiv auf umweltpolitische Aktionsgruppen reagieren, die um Hilfe fragen (z.B. mit Beratung oder Sachmitteln). Allerdings finden einige der Betriebe, die noch Kontakt mit Umweltgruppen suchen, kaum noch Partner: Die politisch aktive Szene von BIs oder unabhängigen Gruppen ist verschwunden, die verbandlichen Gruppen vor Ort haben kaum politische Ausrichtungen, sind nicht kooperationswillig und haben meist auch kein Interesse an ökologischen Betrieben,³⁷ und die neugegründeten Aktionsgruppen, z.B. im Anti-AKW-Bereich, kennen die alten Betriebe entweder nicht oder haben keine Mittel, dort einzukaufen bzw. dorthin Aufträge zu vergeben. Allerdings ist erkennbar, daß erneut aus den wiederaufgeflamnten Anti-Atom-Bewegung Betriebe gegründet werden, die engen Kontakt zu aktiven Gruppen halten.³⁸

Trotz dieser Ausnahmen ist nicht zu übersehen, daß die meisten Betriebe politisch nicht mehr aktiv sind. Der Abbruch der Kontakte geschah über Etablierungsprozesse, Rückzug ins Private oder den Wandel in der Umweltbewegung, d.h. den Zerfall unabhängiger Aktionsgruppen und der Aufbau etablierter Umweltverbände und -einrichtungen. Resignation der alten „KämpferInnen“ und eine zunehmende Dominanz derer, die vor allem den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes in den Vordergrund rückten, schufen Veränderungen. Öko-Betriebe sind heute meist Erfüller ökologisch orientierter Konsumwünsche unter linken BürgerInnen. Kleidung, Kosmetika, Möbel, biologische Baustoffe, Reiseangebote, Geldanlage und Versicherungen sind daher die Renner der Zeit. Dienstleister im Ökologiebereich selbst, deren AuftraggeberInnen vorher aktive Umweltgruppen waren (Druckereien, Institute), mußten sich umstellen und neue Zielgruppen erreichen (Firmen, Verwaltungen, Einzelhaushalte, etablierte Umweltverbände und grüne Parteigliederungen). Damit sind sie wirtschaftlich abhängig geworden von KundInnen, die auf eine politische Orientierung des Betriebes oft mit dem Entzug weiterer Aufträge reagieren. Wenn sie aber für Regierungen oder konventionelle Firmen und Organisationen arbeiten, zerbricht oft der Draht zu den letzten verbliebenen Aktionsgruppen.³⁹

Die Veränderungen in den ökologischen Betrieben entsprechen dem Zeitgeist. Damit sind ökologische Betriebe Opfer und Täter zugleich. Sie orientieren sich am „Markt“, d.h. an der bestehenden Nachfrage, verstärken diese aber selbst durch ihr Angebot und ihre Werbung. Ökologische Betriebe sind nur selten Trendsetter, d.h. sie bestimmen gesellschaftliche Vorgänge nicht aus ihrer idealen Überzeugung, sondern agieren marktorientiert, d.h. als „Fahne im Wind“ gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und dadurch entstehender Nachfrage.

Der beschriebene Ökokapitalismus zerbricht den bisher oft vorhandenen Zusammenhang zwischen ökologischen Produkten/Dienstleistungen auf der einen und Selbstverwaltung/Dezentralität auf der anderen Seite. „Öko“ ist ein Vermarktungsbegriff, der sich mit konventionellen Betriebsstrukturen verbinden läßt.⁴⁰ Daher werden zum einen kommerzielle Betriebe den Öko-Bereich erobern, zum anderen werden sich Öko-Betriebe kommerzialisieren. Ökologie wird immer mehr zu einem innovativen Zweig moderner Marktwirtschaft, in diesem Prozeß werden verbliebende ideelle Schranken fallen und politische Ambitionen zurückgefahren werden. Zudem rücken Staatsgelder in den Blickpunkt. Mit geschickten, rechtlichen Konstruktionen werden Förderquellen erschlossen, Risiken begrenzt und große Kredite möglich. Das alles verändert die Öko-Betriebe als Teil der Umweltbewegung:

- Der Drang nach Staatsgeldern führt bewußt oder unbewußt zu Verhaltensweisen, die die Chance von Förderungen erhöhen: Seriöse Kleidung und Auftreten, Ausdrucksform und Design sowie Verzicht auf radikale politische Arbeit.

- Kredite führen zu einem Zwang, über lange Zeit gewinnorientiert zu arbeiten. Subsistenz ist genauso wenig möglich wie die Förderung politischer Arbeit durch betriebliche Einnahmen. Zudem wird die freie Zeit immer stärker eingeengt, weil Mehrarbeit ein Weg zu mehr Geld ist.
- Politische oder alternative Lebensprojekte, die statt dem langsamen Aufbau von unten und aus eigener Kraft auf betriebliche Risikostrategien wie Kredite und Zuschüsse setzen, werden jahrelang unter erheblichem Druck stehen, weil auch ihre sonstige Existenz vom betrieblichen Erfolg abhängt. Plena und andere Entscheidungsgremien werden gefüllt sein mit Debatten um wirtschaftliche Fragen, Gewinnsteigerung, Kreditrückzahlung sowie, wenn es zu wirtschaftlichen Problemen kommt, das Ringen um zusätzliche Einnahmen, staatliche Förderungen oder Werbung (die früher für politische Ideen gemacht wurde). Politische Fragen werden kaum noch Platz in den Gesprächen und Gedanken der Beteiligten haben.
- Unklar ist, welche Geldmengen insgesamt verfügbar sind. Durch die Anlagefonds werden erhebliche Geldmittel in große Projekte gebunden. Angesichts der Attraktivität von Öko Geldanlagen ist nicht auszuschließen, daß binnen kurzer Zeit riesige Summen in Gebäude, Windparks und Betriebe investiert werden (Hunderte von Millionen oder gar Milliarden DM). Noch leben politische Aktionsgruppen und Umweltverbände auch von diesem Geld der linksbürgerlichen Kreisen, die sie als Spenden erhalten. Spürbar ist bereits, daß die Nachfrage z.B. nach Umweltschutzliteratur deutlich zurückgeht. Das könnte ein Signal sein, daß die verfügbaren Gelder nicht mehr direkt dem Umweltschutz (Aktionen, praktischer Umweltschutz im eigenen Umfeld) bereitgestellt werden, sondern in rentable Öko-Anlageprojekte fließen. Dann aber wären diese sogar schon durch ihre Existenz ein direkter Schaden für die Sache Umweltschutz, weil vielleicht nicht mehr spendet, wer schon Geld angelegt hat.⁴¹
- Die Großprojekte werden in der Öffentlichkeit stehen. Das verschlechtert die Chancen für kleine Projekte. Millionenschwere Ökozentren oder Windanlagen dominieren die Presse und die Auslagen mit hochgestylten Flugblättern. Ihre VertreterInnen werden zu Seminaren und Tagungen geladen, während die kleinen Projekte an den Rand gedrängt werden. Es gibt keine Verbände oder Agenturen mehr, die es als Aufgabe sehen, gerade Veränderungen „von unten“, dezentral und vielfältig zu fördern. Der Öko-Gigantismus stiehlt solchen Projekten die Schau, die viel eher geeignet wären, Keimzellen für eine neue Gesellschaft zu sein – weil sie unabhängig bleiben und oft weiterhin politisch aktiv sind.
- Die rauen Sitten des konkurrenzorientierten Marktes fördern Verhaltensweisen, die Kooperationen im Wege stehen. Diese können sich auch gegen politische Projekte richten – frühere BündnispartnerInnen oder gar die InitiatorInnen von Firmen und Projekten werden dann als Konkurrenz betrachtet.

Im Original: Brief der Teekampagne/Projektwerkstatt an die Projektwerkstatt vom 11.4.2001⁴²

Domain: projektwerkstatt.de ... Wir sind unter dem Namen Projektwerkstatt seit mehr als 15 Jahren geschäftlich tätig. In der jüngeren Vergangenheit haben wir einen beachtenswerten Zuwachs an online-Bestellungen. Durch den Umstand, dass sie die domain „projektwerkstatt.de“ halten, kommt es regelmässig zu „Verwunderungen“ und teilweise auch zu extremer Verärgerung bei unseren Kunden.

Wir möchten daher mit Ihnen einen Weg finden, uns den domain-Namen „projektwerkstatt.de“ zu übertragen und würden es begrüßen, von Ihrer Seite hierzu einen konstruktiven Vorschlag zu erhalten. ... Uns ist natürlich bekannt, dass die aktuelle Rechtsprechung in durchaus vergleichbaren Situationen sehr deutlich zu Gunsten der Unternehmen ausgerichtet ist. Es ist uns aber ausdrücklich daran gelegen, eine auch für Sie akzeptable und mit Ihren Projekten verträgliche Lösung zu finden.

Im Jahr 2000 legten AktivistInnen aus dem Umweltschutz-von-unten-Netzwerk und das Institut für Ökologie einen Kriterienkatalog für Qualitätskriterien an ethische Geldanlagen vor. Keine einzige Bank oder Geldvermittlungsfirma übernahm irgendeinen der Vorschläge. Die Ökobank reagierte sogar mit der Behauptung, sie würde das alles schon erfüllen.⁴³ Ein gutes Beispiel für die Widersprüchlichkeit von politischen und wirtschaftlichen Zielen ist die Bewertung der Privatisierung der Renten.⁴⁴ Während verschiedene NGOs wie attac die Rente kritisierten und mehr staatliche Verwaltung forderten, begrüßten stärker ökoneoliberal ausgerichtete Verbände und die GeldanlagevermittlerInnen sowie Umweltbanken die Regelung, weil sie ihnen neue Geschäftsfelder eröffneten. Daß etliche der PrivatisierungsbefürworterInnen wiederum Mitglied bei attac waren, störte dabei nicht. Gemacht wird, was Geld bringt – der Attac-Führung die Kampagne gegen die Rente Spendeneinnahmen, den UnterstützerInnen von attac die Werbung für die Rente KundInnen.

Im Original: Auszug aus Greencapital Dez. 2001 (Murphy&Spitz), S. 7
Die Riester-Rente ist an sich ein lobenswertes Konzept.

Kapitalistische Positionen in Öko-Betrieben

Neben der kapitalistischen Praxis werden von Öko-Betrieben offensiv kapitalistische Verfahren und Regelungen eingefordert – von der Privatisierung der Rente (siehe oben) über das Kyoto-Protokoll, die Ökosteuer bis zu allgemeinen Forderungen nach Ausdehnung marktwirtschaftlicher Logik.

So stellt der Öko-UnternehmerInnenverband „UnternehmensGrün“ neben ökologischen Rahmenbedingungen auch genau die neoliberalen Forderungen wie Industrieverbände und Parteien.

Im Original: Aus dem Unternehmens-Grün-Positionspapier „Wider eine neue Reformmüdigkeit“

Soll die Erwerbslosigkeit tatsächlich in größerem konjunkturunabhängigem Umfang gesenkt werden, so sind strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt unumgänglich. Dazu zählen vorrangig eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten ... eine Entbürokratisierung und Flexibilisierung der Arbeitsgesetzgebung. Der Kündigungsschutz – insbesondere in kleinen Betrieben – muss zugunsten von Abfindungsregelungen gelockert werden ... eine Umstrukturierung und Privatisierung der Berufsgenossenschaften ...den Abbau von bürokratischen Hürden für Existenzgründer.

Öko-Imperialismus

International gesehen werden diese Forderungen und vielfach auch schon die Praxis ökoneoliberaler Orientierung schnell zu einer Art Zwang für ärmere Länder und ihre Bevölkerung. Sie werden verstärkt als Rohstofflager angesehen, neuerdings nicht mehr nur für Energierohstoffe, Metalle usw., sondern auch als „grüne Lunge“ der Erde, Erholungsraum, Sicherung der genetischen Ressourcen. Viele Initiativen weltweiter Wirtschaftsorganisationen wie die Weltbank oder die UNO haben zum Ziel, die Natur der ärmeren Länder als weltweite Ressource zu sichern. Umwelt-NGOs des Westens unterstützen diese Vorhaben oder entwickeln eigene Idee wie der WWF mit dem Projekt Global 200, wo er für die Ausweisung großer Schutzgebiete vor allem in den ärmeren Ländern plädierte (präsentiert auf der Expo 2000).

Die ökoneoliberale Logik internationaler Funktionszuweisung an verschiedene Regionen paßt nahtlos in die allgemeine Politik des Verhältnisses von armen und reichen Ländern, von hochbewaffneten zu unterworfenen Regionen und so Rohstoffsicherung und Marktöffnung. Daher ist der Umweltschutz zu einem Argument der Modernisierung internationaler

Herrschaft geworden. Verstärkt wird dieses durch die verbreitete Schuldzuweisung von Umweltzerstörungen an die ärmeren Länder und deren Bevölkerung. Dazu gehören die Horrorszenarien autofahrender ChinesInnen ebenso wie die der Industrialisierung der Erde mit veralteter Technik oder die ständig wiederholte, aber durch nichts belegte These, daß das Bevölkerungswachstum die Umwelt gefährde oder für den Hunger verantwortlich sei.⁴⁵

Im Original: Aus UnternehmensGrün, 1998: Märkte ohne Grenzen

Aus ökonomischen Effizienzgründen heraus ist es sinnvoll, die global wirkenden Treibhausgase vor allem dort zu reduzieren, wo dies am kostengünstigsten geschehen kann. Da in den Industrieländern die Energieeffizienz vergleichsweise hoch ist (...), wären dies die Transformations- und die Entwicklungsländer. ...

Die Entwicklungsländer als Gruppe, selbst die von der Klimaänderung am stärksten betroffenen Insel- und Deltastaaten, haben die Möglichkeiten nicht voll erkannt – zumindest aber nicht genutzt –, die sich für sie durch eine aktive internationale Klimapolitik ergeben. Joint implementation könnte helfen, die Produktionsstruktur zu modernisieren, Emissionszertifikatehandel kann, bei entsprechender Ausgestaltung, zu einem realen Nord-Süd-Transfer führen und gleichzeitig die natürliche Umwelt schützen.

Thilo Bode, Geschäftsführer von Greenpeace International in einem Thesenpapier zum 7. Jahreskolloquium der Alfred Herrhausen Gesellschaft am 2./3.7.1999 in Berlin⁴⁶

Es ist ausgeschlossen, daß drei oder vier Milliarden zusätzliche Menschen mit der heute verfügbaren Technologie einer nachhaltigen Wirtschaftsweise nachgehen können. Deshalb kommt den Unternehmen der Industriestaaten als Hauptakteure im Kapitalismus große Verantwortung zu.

Auszug aus Dirk Maxeiner/Michael Miersch, 2000: Das Mephisto-Prinzip

Wenn die Wildnisgebiete dieser Welt von Profis der Reisebranche oder besser noch der Unterhaltungsbranche vermarktet würden, müßte sich niemand mehr über bedrohte Arten sorgen machen. Man stelle sich vor, die Walt Disney Corporation würde die Virunga-Vulkane samt Gorillas vom Staat Ruanda pachten. Die Tiere wären sicher wie in Abrahams Schoß, die Menschen hätten Jobs und ein warmer Dollarregen würde über dem Regenwald niedergehen.

3.9.4 Ökokapitalistische Politik

Klimaschutz

Ein beeindruckendes und umfassendes Beispiel ökokapitalistischer Orientierung ist der Klimaschutz⁴⁷. Das Kyoto-Protokoll unterwirft mit dem Deckmantel der Ökologie bisher nicht der Verwertung unterliegende Bereich dem Diktat von Kauf und Verkauf, der Akkumulation von Produktionsgrundlagen, denn das Recht, Luft zu verschmutzen, wird handelbar. In der Folge werden reiche Konzerne und Länder zum einen diese handelbaren Zertifikate bei sich konzentrieren können (und damit auch das Recht auf ungehinderte Produktion, Mobilität und Energieverbrauch) sowie gleichzeitig denen, die die Zertifikate nicht mehr nutzen können, neue Technologien zur Emissionsreduktion anbieten. Das bringt wirtschaftliche Macht und Profite.

Im Original: Auszüge aus Sebastian Oberthür/Hermann E. Ott, 2000: Das Kyoto-Protokoll, Leske+Budrich in Opladen

... könnten die Mechanismen zur wegweisenden Innovation werden, da sie Prinzipien des Marktes in bisher nicht gekanntem Ausmaß in die internationale Umweltpolitik einführen. (S. 136)

Der Emissionshandel, die Gemeinsame Umsetzung und der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (...) verfügen zweifellos über alle Voraussetzungen, um sich zu den wichtigsten Elementen des Klimaregimes zu entwickeln. Ihre politische Bedeutung kann wohl kaum zu hoch bewertet werden. Mit der Nutzung dieser Instrumente wird sich das Klimaregime von einer in erster Linie auf den Umweltschutz gerichteten Vereinbarung in einen „harten“ Wirtschaftsvertrag verwandeln. Es wäre denkbar, dass der CDM eines Tages in Konkurrenz zur multilateralen Entwick-

lungshilfe tritt. Mit der Schaffung eines Systems für den Handel mit Emissionen (und abgeleiteten Produkten wie Termingeschäften) könnte ein riesiger neuer Markt entstehen, auf dem umfangreiche Finanztransaktionen stattfinden. (S. 350)

Diese Art von Umweltschutz als Erweiterung von Marktlogik gefällt denn auch Kreisen, sie als Vordenker und Lobbyisten des neoliberalen Umbaus gelten.

Im Original: Auszug aus Die Frohe Botschaft Nr. 8⁴⁸

Maurice Strong, Vorsitzender des Umweltgipfels in Rio 1992 hat die aus seiner Sicht zwölf wichtigsten Schritte vorgeschlagen, mit denen den weltweiten Umweltproblemen am besten begegnet werden kann. Die meisten davon sprechen uns zutiefst aus dem liberalen Herzen. Zum Beispiel Vorschlag Nummer Drei: Behandelt die Erde und ihre Ressourcen als ob sie ein Unternehmen wäre.

Aus der Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zum Klimaschutz von November 2000 (Quelle: <http://www.bmu.de/fset800.htm>)

Solange die „Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge“ erfolgreich umgesetzt und gemäß Ziff. V gemeinsam weiterentwickelt wird, wird die Bundesregierung keine Initiative ergreifen, um die klimaschutzpolitischen Ziele auf ordnungsrechtlichem Wege zu erreichen.

Nachhaltigkeit & Co.⁴⁹

Der tiefgreifendste Diskurs zur Verbindung von Ökologie und Ökonomie sowie zur Modernisierung von Herrschafts- und Verwertungslogik unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten ist die Nachhaltigkeitsdebatte. Sie versucht, die Vereinbarkeit von Effizienz, Profit, Kontrolle sowie Herrschaft und Verwertung auf der einen und sozialen und ökologischen Zielen auf der anderen Seite herzustellen. Tatsächlich schafft sie das aber nur in einem konstruierten Rahmen, d.h. in der öffentlichen Wahrnehmung, in den Debatten in Medien und Wissenschaft, nicht aber im realen Leben. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinandergegangen, die Herrschafts- und Verwertungslogik erfaßt die letzten Bereiche des Lebensalltags und beim Schutz der Umwelt stehen wenigen Prestigeerfolgen alarmierende Trends gegenüber.

Dennoch hat die Nachhaltigkeitsdebatte sowie ihre Teilelemente unter den Begriffen „Zukunftsfähigkeit“, „Zukunftsfähiges Deutschland“, „sozialökologische Erneuerung“ oder „Agenda 21“ die Brutalität von Herrschaft und Verwertung vernebelt. In diesem Sinne wird sie auch weiter denen dienlich sein, die auch den Umweltschutz als praktisches Mittel zur Legitimierung von Herrschaft und Ausbeutung einsetzen. Entsprechend deutlich sind die Reaktionen aus der Wirtschaft selbst – dort wird der Nachhaltigkeitsdiskurs als große Chance bewertet, selbst in der Umweltdebatte die Meinungsführerschaft zu übernehmen. Zwanzig Jahre vorher stand die Industrie noch in der Sündenbockrolle.

Im Original: Bundeswirtschaftsminister Werner Müller in seinem Grußwort zum B.A.U.M.-Jahrbuch, Quelle: B.A.U.M.-News Nr. 16 vom 8.10.2001

Die Wirtschaft in Deutschland richtet sich mehr und mehr am Leitbild der Nachhaltigkeit aus. Der Diskurs hierüber wird offensiv geführt und der Erfolg zeigt, dass Nachhaltigkeit mit Gewinn für das Unternehmen und die Umwelt umsetzbar ist. Bislang sind es jedoch vorwiegend Großunternehmen, die Engagement zeigen und Schrittmacherfunktion übernehmen.

Es bleibt noch abschließend darauf hinzuweisen, daß die Entwicklung erst am Anfang ist. Die Aktienkurse haben nach den euphorischen Anfangsjahren die Zone normaler Kursgewinne und -verluste erreicht, Öko-Unternehmen bilden ihre eigenen Lobbyverbände und

agieren in den Wirtschaftsvereinigungen mit. Sie fordern mehr Liberalisierung des Marktes – wie ihre konventionellen KollegInnen auch. Selbst in der Schule wollen ÖkologInnen heute nicht mehr den Ökologieunterricht, sondern die Schulung in Unternehmensgründungen. Unter den Überschriften „Earning oder Learning“ und „Erziehung zu Eigeninitiative und Unternehmensgeist“ warb die ökopädagogische Zeitung „21“⁵⁰ für die Gründung von SchülerInnenfirmen als neue Lernform – nachhaltig, versteht sich.

Die Diskussion um die Weiterentwicklung ökokapitalistischer Konzepte wird in den passenden Kreisen geführt – unter Ausschluß unabhängiger UmweltschützerInnen. Ein prägnantes Beispiel sind die jährlichen „Umweltkonferenzen“ in Berlin-Kreuzberg⁵¹, wo hochrangige ManagerInnen der Großkonzerne (Deutsche Bank, Bayer, Novartis, Preussen Elektra usw.) mit den Führungspersonen der Umwelt-NGOs und der Grünen über Ökologiestrategien diskutieren. Im Jahr 2001 kam es zu Protestaktionen von unabhängigen UmweltaktivistInnen.

Im Original: Auszüge aus Beiträgen auf der „Umweltkonferenz 2000“

Wer nicht zuerst auf die „Widerständler“ starrt, sondern sich nach möglichen „Helfern“ umschaute, dem bieten sich interessante Perspektiven. (Reinhard Loske, B'90/Grüne, 2000)

Regierungen und Konzerne sind Täter, nicht Schützer. (6m-Transparent einer Protestgruppe vor der Bühne, 2001)

3.9.5 Beispiel Ökostrom: Marktfetischismus, Lug und Trug

Mit der Liberalisierung des Strommarktes entstand auch die Vermarktung des regenerativen Stroms. Da sich der Strom im Netz aber mischt (bzw. noch korrekter: Durch die verschiedenen Einspeisungspunkte die Spannung aufrechterhalten wird, ohne daß diese trennbar ist), war Ökostrom immer nur eine rechnerische Variante – die KundInnen konnten wählen, wem für was ihr gezahltes Geld zugute kam. Wechseln StromkundInnen zu Ökostromanbietern, so erhalten diese das Geld. Bleiben sie bei einem Atomstromkonzern, so bekommt dieser selbiges. Allerdings ist dieser Unterschied nur relativ, denn tatsächlich muß der Ökostromanbieter hohe Netzgebühren zahlen, um den Ökostrom „durchzuleiten“. Kassiert wird der Betrag von den Netzbesitzern – und das sind dann oft wieder die Atomkonzerne. Als dritte Variante sind Kooperationen zwischen Ökostromfirmen und z.B. Stadtwerken entstanden. Hier wird, oft unter einem besonderen Namen, ein Ökostrom von den Stadtwerken angeboten, der den Kriterien der Ökostromanbieter entspricht.

Die Entwicklung des Ökostromsektors zeigt alle Schwächen aktueller Umweltpolitik und -strategien: Von Anfeindungen untereinander über neoliberale Orientierungen bis zu Lügen und Filz ist alles zu finden. Politische Gruppen, z.B. Anti-Atom-Gruppen, halten sich dagegen meist ganz zurück. Die wenigen Ansätze waren inhaltlich unbefriedigend, der weitgehende Ansatz des Projektes „Ökostrom von unten“, der Selbstbestimmung und Umweltschutz politisch und praktisch verknüpfen wollte, fiel dem Desinteresse der Firmen und politischen Gruppen zum Opfer.

Insgesamt ist die Idee, massenweise Menschen für ein Umstellen auf Ökostrom zu gewinnen, klar gescheitert. Der durch Ökostrom-KundInnen bezogene Strom liegt nur im Promillebereich und ist damit deutlich weniger als die ohnehin im gesamten Netz eingespeiste Menge an regenerativ erzeugtem Strom. Daher ist Ökostrom nicht als solches immer richtig. Das Ziel eines Wechsels auf Ökostrom muß sein, Atom- oder anderen fossil erzeugten Strom zu verdrängen zugunsten von Ökostrom. Er darf also den Stromverbrauch nicht er-

höhen und auch nicht den ohnehin vorhandenen regenerativ erzeugten Strom im Mischstrom einfach nur „abzuspalten“ (rechnerisch) und teurer zu verkaufen. Die meisten Ökostromangebote erfüllen bereits dieses Kriterium nicht. Bei den wenigen glaubwürdigen Angeboten werden die erschreckend marktförmige Ausrichtung sowie viele weitere Gründe eine tiefergehende Energiewende vereiteln.

Die kritischen Punkte beim „Ökostrom“

A. Pro Markt und Staat

Die aktuelle Werbung sowie Kampagnen für Ökostrom z.B. von Naturschutzverbänden beruhen nicht auf Analysen von Ursachen und Folgen der Atomstromnutzung, von Markt und Staat. An vielen Orten wird der liberalisierte Markt hochgejubelt – und die VerbraucherInnen werden wieder einmal zu den Verantwortlichen für die Rettung der Umwelt gemacht, während die Konzerne weiter per Atom- und Kohletechnik selbige ruinieren dürfen. Ein solcher Blickwinkel erinnert frappierend an die Mülltrenn-Kampagnen („Joghurtdeckel abwaschen und zur Alusammelstelle bringen rettet die Umwelt“) vor zehn oder 20 Jahren. Falsch waren die auch damals. Denn Umweltschutz kann nicht losgelöst von den realen Machtverhältnissen und von der Analyse der Zerstörungsursachen und -verursacher umgesetzt werden. Doch die Hoffnung, daß diese Fehler endlich einmal überwunden werden, scheint durch die aktuelle Ökostromwerbung leider eher enttäuscht zu werden. Die von Ökostromanbietern bis zu Anti-Atom-Gruppen suggerierte Möglichkeiten, durch das Umstellen auf Ökostrom im eigenen Haus könne der Atomausstieg erreicht werden, ist unverständlich, falsch und insofern schädlich, weil sie irreführend vielen Menschen genau dieses als entscheidende Maßnahme gegen Atomstrom und Klimazerstörung nahelegt. Das kann andere Aktivitäten verhindern!

Im Original: Hauptspruch auf eine Werbeanzeige von Greenpeace Energy⁵²

Stellen Sie sich vor, es gibt keine Atomkraftwerke mehr. Und Sie sind schuld!

Auszug aus Ralf Bischof/Klaus Faber, Vorrang für Ökostrom: Memorandum zur Entwicklung der Stromangebote aus Erneuerbaren Energien, in: Solarzeitalter 4/99, S. 12

Die Trennung von Erzeugung, Verteilung und Vermarktung von Elektrizität und der diskriminierungsfreie Zugang zu den Leitungsnetzen bilden wesentliche Voraussetzungen für die Herstellung und Sicherung von Wettbewerbsverhältnissen auf dem europäischen und auf dem deutschen Strommarkt. Die notwendigen Grundentscheidungen sind dabei in Deutschland, wie in anderen Industrieländern mit einem liberalisierten Strommarkt, staatlich zu regeln.

Die Orientierung auf Markt und Staat bleibt nicht folgenlos. Wer sich dem Markt unterwirft, unterwirft sich auch den Marktgesetzen. Firmen, die nicht im kollektiven Besitz vieler Menschen sind oder vertraglich z.B. an die Zustimmung einer Basis gebunden sind, können jederzeit aufgekauft werden. Das ist bereits mehrfach geschehen – bisher immer mit Glück: Andere Ökostromfirmen kauften, noch ist keine Ökostrom-Firma direkt von einem Misch- oder gar Atomstromkonzern übernommen worden. Die Ökostrom-Handels-AG wurde von der Nordstrom AG aufgekauft, die dann wiederum von Unit energy stromvertrieb GmbH – die selbst waren zwischenzeitlich von der niederländischen Nuon GmbH übernommen worden.

B. Ohnehin vorhandenen Ökostrom teuer verkaufen

Noch schlimmer sind die Ökostromangebote von Stromkonzernen, die ihren ohnehin vorhandenen Ökostromanteil im Mischstrom nur „abspalten“, um ihn dann als Ökostrom teu-

rer zu verkaufen. Das bringt gar nichts, weil der übrigbleibende Strom nur noch dreckiger wird, aber insgesamt keine Kilowattstunde Atomstrom verdrängt wird.

Insgesamt machen nur wenige Ökostromanbieter klare Angaben über die Verwendung der Einnahmen zum Zwecke des Neubaus von Anlagen. Dies sind einerseits die Naturstrom AG und EWS Schönau, die feste Anteile dafür nutzen, Greenpeace Energy, die den Neubau von Anlagen in der Größenordnung des Verbrauchs (mit zwei Jahren Verzögerung) garantieren sowie die Anbieter, die ohnehin Anlagenbau als Hauptzweig haben – wie Unit energy. HEAG Natur pur verspricht den Bau von Solaranlagen bei einer bestimmten KundInnenzahl in einem Ort. Windiger klingt schon die Ankündigung von Lichtblick, die 25 Prozent des Gewinns für Neuanlagen aufwenden wollen – ob sie allerdings überhaupt Gewinn machen bzw. diesen so ausweisen, ist schwer abzusichern. Sehr unterschiedliche Regelungen finden sich bei den Stadtwerken oder regionalen Versorgern, die Ökostrom anbieten – was inzwischen fast alle tun, weil es einfach profitabel ist, ohnehin vorhandene Ökostromanteile an ökologisch denkende Teile z.B. des reichen BürgerInneniums mit deutlichem Aufschlag zu verkaufen.

Die großen Ökostromanbieter wie E.ON oder RWE sind „Abspalter“. Sie verkaufen ihre bereits vorhandenen Ökostromanteile getrennt. Da sie insgesamt so viel Strom in die Netze leiten, daß ohnehin illusorisch ist, daß irgendwo mal die Nachfrage höher ist als das Angebot, können sie auch eine freie Auswahl bieten (siehe das Angebot des selbstzusammengestellten Strommix bei E.ON). All das ist nichts als Täuschung – für die entscheidende Frage, welcher Strom eingespeist wird, ist es völlig egal, wie gemixt wird.

C. Filz zwischen Ökostrom und Atomkonzernen

Die Einteilung in die „absplattenden“ Misch- bis Atomstromkonzerne einerseits und die immerhin teilweise sich um tatsächliche Veränderungen bemühenden Ökostromfirmen ist nicht ausreichend. Tatsächlich bestehen auch von etlichen Ökostromfirmen Beziehungen zu Atomkonzernen oder Atomstromquellen.

Beispiele:⁵³ NaturEnergie (www.naturenergie.de)

Die NaturEnergie AG ist Tochter der beiden kommunalen Energieversorger KWR und KWL, die auch Atomstrom anbieten. Die KWR war bis zum 31.12.2000 am Atomkraftwerk Obrigheim mit 3% beteiligt, die KWL ist bis heute am schweizerischen AKW Leibstadt beteiligt. Zudem gehört die KWL zur Schweizer Watt AG, die auch selbst mit 39 Prozent am AKW Leibstadt beteiligt ist.⁵⁴

Wichtigster Kooperationspartner sind zudem die Neckarwerke Stuttgart, Betreiber des Atomkraftwerks Neckarwestheim und beteiligt am AKW Philippsburg. Obwohl dieses bekannt war und auch vom Projekt „Ökostrom von unten“ klare Empfehlungen abgegeben wurden, hat die Grüne Liga (Bundesverband) genau mit diesem atomkonzernverbundenen Ökostromanbieter eine gemeinsame Kampagne gestartet und empfohlen, auf die NaturEnergie AG umzusteigen.

Die Elektrizitätswerke Schönau bezogen ihren Strom in der ersten Phase von Vasa energy GmbH, Tochterunternehmen u.a. des schwedischen Atomkonzerns Vatenfall.⁵⁵

Der Grünen Liga lagen diese Informationen über die NaturEnergie AG vor, als sie im Jahr 2001 einen Partner suchte, für den sie bundesweit KundInnen werben wollte. Dennoch wählte sie genau diese Firma aus, Sponsorengelder waren offenbar wichtiger als atomkritische Glaubwürdigkeit. Gleiches gilt für den BUND Baden-Württemberg. Der wollte im Frühjahr 2002 ebenfalls zur NaturEnergie AG wechseln. Nur ein Gegenantrag der BUNDjugend auf der Delegiertenversammlung am 14.4.2002 verhinderte das knapp.

Grüner-Strom-Label (www.eurosolar.org/vereinnetz/gs_strom_kriterien.html)

Unter den Ökostromanbietern des von der ASEW verwalteten Ökostroms etlicher Stadtwerke ist auch das Angebot der Stadtwerke Bielefeld, die Mitbetreiber eines Atomkraftwerkes sind. Dennoch erhielt das Stromangebot das Grünstromlabel in Gold, für das Bedingung ist, daß es keine direkten Beziehungen zu Atomkonzernen gibt.

Die Bedingungen des genannten Labels wurden nach einer Startphase genau in diesem Punkt der Verfilzung mit Atomkonzernen abgeschwächt. Grund war, daß die Naturstrom AG, hinter der dieselben Umweltverbände stehen wie hinter der Labelvergabe, mit den Stadtwerken Hannover kooperierte, an der wiederum zu einem geringen Prozentteil ein Atomkonzern beteiligt ist. Schloss das Label anfangs noch jede Beziehung mit Atomkonzernen aus, so war nach der Änderung nur noch die direkte Verbindung ein Ausschlußgrund.

LichtBlick (www.lichtblick.de)

Die Hamburger LichtBlick gründete gemeinsam mit Yello Strom die Initiative „Pro Wettbewerb“. Unabhängig von den neoliberalen Inhalten der Initiative ist erstaunlich, wie hier offenen mit Atomkonzernen gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird. LichtBlick ist bundesweiter Partner der eigentlich atomkritischen Energiewerke Schönau. Zudem ist LichtBlick Werbepartner von B.A.U.M. (Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewußtes Management e.V.). Deren Mitgliederliste umfaßt u.a. die Atomkonzerne Siemens und RWE, darüberhinaus auch Sandoz, Deutsche Bank, Nestle, Lufthansa und DaimlerCrysler.

Beispiele Ökostromkampagnen:

Die taz warb 2001 in einer umfangreichen Kampagne für einen Stromwechsel zu Ökostromanbietern. Dabei werden sieben Anbieter empfohlen. Neben LichtBlick fand sich auch best energy in der Vorschlagsliste. Das Stromangebot kommt von der Berliner BEWAG, die wiederum Tochter der Atomkonzerne HEW (44,8%, Mitbetreiber der AKWs rund um Hamburg) und Vatenfall (schwedischer Atomkonzern, 44,8%, vorheriger Aktienbesitzer: Mirant, weltweiter Energiekonzern) ist.

D. Streit um Ökostrom

Vor allem in der Anfangsphase stritten die verschiedenen Anbieter heftig darum, wer die sinnvollste Strompolitik macht. Die Angebote wurden verglichen. Externe Tester kamen zu sehr unterschiedlichen, oft gegensätzlichen Ergebnissen, je nachdem welche Kriterien sie in den Vordergrund stellten (siehe z.B. Stiftung Warentest und die ZDF-Sendung „Dschungel“). Im Jahr 2001 griff vor allem der Solar-Förderverein, anfangs noch selbst Mitbegründer der Naturstrom AG den Ökostrom an. Seine Argumentation war, alle Kraft auf neue Energieanlagen zu setzen und nicht mit Kleinkram wie Ökostrom davon abzulenken. Im Laufe der Debatte steigerte sich SFV-Chef Wolf von Fabeck immer mehr in Hasstiraden gegen den Ökostrom. Anfang 2002 rief er dann öffentlich dazu auf, lieber Atomstrom als Ökostrom zu beziehen.

Im Original: Wolf von Fabeck im Solar-Rundbrief 1/2002

Wenn Sie wechseln, kaufen Sie ausdrücklich keinen Strom, der als „Ökostrom“ angeboten wird. Demonstrieren Sie dem Händler, dass Sie auf seinen Werbegag nicht hereinfallen. Wenn er zwei Tarife anbietet, wählen Sie den billigeren.

Wolf von Fabeck in einer SFV-Rundmail vom 20.12.2000

Eine Analyse der realen Verhältnisse im nationalen und internationalen Strommarkt ergibt nun einmal, dass die Energiewende nicht durch ‚Ökostromhandel‘ erreichbar ist! Die Analyse ergibt sogar, dass die Energiewende durch ‚Ökostromhandel‘ verzögert wird.

Die Position von Fabeck wurde von Menschen und Gruppen aus dem Bereich des Anlagenbaus unterstützt. Offenbar überzeugte das Plädoyer Fabecks die Anlagenbauer, lieber billigen (Atom)Strom zu kaufen und das gesparte Geld den Anlagenbauern zu geben – eine eher sehr kapitalistisch als ökologisch orientierte Überlegung. Darin liegt auch das Problem von Fabecks Kritik. Seine Analyse, daß der marktförmig angebotene Strom keinen Beitrag zur Verdrängung von fossil erzeugtem Strom durch regenerative Energie bringt, ist zwar falsch. Richtig ist aber, daß im Verhältnis zur Wirkung der garantierten Einspeisevergütung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz der Effekt sehr niedrig ist. Sowohl Ökostromanbieter als auch Anlagenbauer agieren voll über den Markt. Letztere verlassen sich komplett auf staatliche Regelungen. Dort müßte eine Kritik ansetzen – und zwar bei beiden,

Ökostromanbietern und Anlagenbauer (die meisten Ökostromanbieter sind auch Anlagenbauer, weswegen Fabecks Kritik auch hier nicht präzise ist). Weder das Schneller-Höher-Weiter der Wind-, Biomasse- und Solaranlagen in Folge der hohen Einspeisevergütungen noch der Ökostromhandel über den anonymen Markt verändern die Verwertungs- und Kapitalverhältnisse. Der Markt und damit auch die in ihm wirkenden Mechanismen und Kräfteverhältnisse bleiben ungebrochen. Am Ende ist der wichtigste Punkt nicht verändert: Die Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen über ihre Umwelt. Waren sie bisher den fossilen Kraftwerksbauten wehrlos ausgeliefert, so sind sie es heute in gleicher Form bei regenerativen Anlagen. Deswegen (!), nicht aus Ablehnung der Technologie, wächst das Unbehagen vieler Menschen.

Weitere Informationen:

- Kritik am Ökostrom (www.sfv.de)
- Projekt „Ökostrom von unten“ (www.projektwerkstatt.de/strom)

E. Nicht viel besser: Regenerative Energien-Branche

Wie in vielen anderen Bereichen von Technologieentwicklung für das Leben (also anders als bei Rüstung, Raumfahrt, Überwachungstechnik, Fernverkehr, Luftfahrt usw.) entstehen neue Entwicklungen und visionäre Konzepte im Kleinen, getragen von ideellen Zielen und dem Willen zu einem besseren Leben. Das galt auch bei der regenerativen Energie. Als sie noch unwirtschaftlich war und belächelt wurde, als Proteste noch gegen Neubauten von Atomkraftwerken organisiert werden mußten, entstand bei vielen Menschen das Interesse an Solar-, Wind-, Wasser- und Biomasseenergie. Die ersten Anlagen wurden meist in privaten Werkstätten oder solchen kleiner, aus ideellen Motiven gegründeten Kleinfirmen entwickelt. Die ersten Windenergieanlagen, die zur Netzeinspeisung gebaut wurden, waren fast alle auf die Initiative von einzelnen Menschen oder kleinen Initiativen (Energiewende- oder andere Gruppen, die sich überwiegend aus der Anti-Atom-Bewegung entwickelten). BürgerInnen-Windparks waren um 1990 herum eher der Normalfall. Mit der massiven marktförmigen Durchsetzung der regenerativen Energien ist das deutlich anders geworden. Fördergelder gab es meist nur noch, wenn eine Anlage Mindestgrößen erreichte und die Forschung an Windräder wurden nur dann vom Staat finanziert, wenn es um größere Anlagentypen ging als bisher. Kleinanlagen z.B. für Dachfirste oder Reihen- bzw. Hochhäuser wurden gar nicht erst entwickelt. Sie würden auch eher eine selbstorganisierte Energieerzeugung unterstützen – und nicht den Stromhandel über den anonymen Markt. Doch die Stabilisierung und Ausdehnung von Marktverhältnissen ist das Ziel neoliberaler Politik. Ihr paßten sich die Gruppen und Organisationen im regenerativen Energiebereich an. Nur wenige Details zeugten von Bedenken, die einige dabei noch hatten – z.B. die Größenbeschränkung von geförderten Photovoltaikanlagen auf der „grünen Wiese“. Allerdings funktionierte das auch nicht: Ende 2001 ging die erste Großanlage in Deutschland ans Netz. Um die Förderung zu erhalten, war die „grüne Wiese“ einfach in 16 Stücke geteilt worden, um unter der Fördergröße zu bleiben.

Schon vor dem eigentlichen Windkraftboom wurden die Windräder nach Baurecht privilegiert – was nicht nur die behördlichen Verfahren vereinfachte und viele Projekte erst möglich machte, sondern auch die sonst vorgeschriebene BürgerInnenbeteiligung abschaffte. Damit konnten Windanlagen ohne Wissen und Befragung der örtlichen Bevölkerung realisiert werden. Die Branche feierte das, zum Glück betrieben viele von sich aus und aus Interesse an GeldanlegerInnen aus der Region eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit. Am 14. Dezember 2001 urteilte das Bundesverwaltungsgericht auch in Sachen Naturschutz: Natur-

schutzbelange können Windanlagen grundsätzlich nicht mehr im Weg stehen. Das gilt auch für den Stromnetzausbau. Standen Windräder anfangs noch im Ruf, durch die dezentrale Versorgung Stromleitungen zu vermeiden, so bewirkt der profitorientierte Ausbau inzwischen das Gegenteil – neue Stromtrassen müssen in den Küstenregionen gebaut werden.

Im Original: Auszug aus den Umweltkommunalen Briefen 2/2002, S. 6

Erfolg für Windbranche

Naturschutzrechtliche Belange genügen nach Auffassung des Berliner Bundesverwaltungsgerichts nicht, um die Baugenehmigung für eine Windkraftanlage abzulehnen. ...

Auszug aus der Neuen Energie 4/2002, S. 12ff.

Ohne einen umfassenden Netzausbau drohen viele Offshore-Projekte auf ihrem Strom sitzen zu bleiben. ... Die Suche und Planung neuer Hochspannungstrassen muss so schnell wie möglich beginnen. ... Für diese Hausaufgaben werden Niedersachsen, die weiteren norddeutschen Bundesländer und wohl auch die Bundesregierung in die Tasche greifen müssen: Der Netzausbau wird nicht für ein paar Euro zu haben sein.

Insgesamt boomt der regenerative Energiebereich dank der massiven staatlichen Förderung (direkt bzw. über die Mindesteinspeisesätze). Doch er findet ausschließlich im anonymen Markt statt. In einigen Jahrzehnten werden Windräder, Solar- und Biomasseanlagen überall entstanden sein – und wie heute die Atom- und Kohlekraftwerke nur wenigen großen Energiefirmen gehören, die die Energiepolitik und Vermarktung diktieren. Zudem setzt der Markt als unüberwindliches Marktgesetz durch, daß sich der durchsetzt, der seine Anlagen mit der größten Profitrate verwirklicht. Das bedeutet, daß zwar regenerative Energie gefördert werden gegenüber Kohle und Atom, daß sich aber innerhalb der Spannbreite möglicher Energieträger und Anlagentypen die durchsetzen werden, die Mensch und Umwelt am kostengünstigsten verwerten, also relativ die unsozialsten und umweltzerstörendsten sind.

F. „Ökostrom von unten“ ohne Unterstützung

Im Jahr 2000 gründete sich das Projekt „Ökostrom von unten“ als konkrete Idee der Umweltschutz-von-unten-Debatte. Hier sollte die allgemeine Aufmerksamkeit für regenerative Energien auf die Frage gelenkt werden, daß der direkte Zugriff der Menschen auf die Energieversorgung als entscheidende Grundlage für eine dauerhaft tragfähige Lösung wichtig ist. Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften sollten entstehen – in den weitgehendsten Fällen (z.B. in Berlin) sollte langfristig ein eigenes Netz entstehen. Doch das Projekt hatte keine Chance. Die großen Umweltverbände trafen alle ihre eigenen Absprachen mit Ökostromversorgern und bewerteten damit eigene Geldeinnahmemöglichkeiten wichtiger als die politisch sinnvollere Lösung. Das Projekt „Ökostrom von unten“ wurde nirgends auch nur erwähnt. Ausnahmen waren einige Energie-Fachmagazine, die kleine Hinweise abdruckten.

Einige regionale Gruppen interessierten sich für den Ansatz, jedoch gelang in den meisten Fällen keine Umsetzung. Es gibt nur noch wenige handlungsfähige Basis-Umweltgruppen, die meisten bestehen nur noch aus wenigen Aktiven und waren froh, vorgekaute, einfache Kampagnen mittragen zu können statt eigene Konzepte zu entwickeln. Agenda-Gruppen, Naturschutzvereine, BIs oder auch Anti-Atom-Gruppen lehnten den Ansatz „Ökostrom von unten“ meist ab, weil er ihnen zu kompliziert schien, d.h. weder für sie arbeitstechnisch zu tragen war noch von ihnen in der Öffentlichkeit dargestellt werden wollte. Letztlich reduzierten sich die meisten Umweltgruppen, die für Ökostrom warben, zu unpolitischen Werbeabteilungen der Ökostromfirmen.

Auch die Ökostromfirmen selbst konnten mit dem Ansatz von „Ökostrom von unten“ nichts anfangen – Beachtung schenkten sie ihm solange, wie denkbar war, daß er neue KundInnen brachte. Die politische Frage wurde ausgeblendet. Zudem gab es keine Überlegungen, die Stärke politische Bewegung zu nutzen, sondern nur marktförmige Kampagnen. Die Bewegungsferne vieler Ökostrom-Anbieter wird auch in Texten und Anzeigen deutlich. Eine Verbindung zu politischen Gruppen, deren Arbeit ursprünglich den Weg für eine hohe Akzeptanz regenerativer Energie erst freikämpfte, ist nur sehr selten zu finden, Distanzierungen kommen vor. Eine der wenigen Ausnahmen sind Anzeigen von Greenpeace Energy im Jahr 2001, in der Castor-BlockiererInnen vor einem Wasserwerfer zu sehen sind. Daneben steht der Werbespruch: „Wasserkraft läßt sich jetzt auch sinnvoll nutzen“.

Im Original: Hauptspruch und weitere Zeile im Text einer Werbeanzeige der Naturstrom AG, das Bild zeigt Naturstrom-Chef Ralf Bischof im Anzug auf dem Dach neben einer Solaranlage
„Früher ging man für alternative Energien auf die Straße. Heute gehen wir auf die Dächer.“
... Die Marktbedingungen sind besser als jemals zuvor.

Die Sprecherin der Elektrizitätswerke Schönau, Ursula Sladek, sagte gegenüber der Energiepresse, daß ihr das Projekt „Ökostrom von unten“ gefalle, was es nützlich sei und neue KundInnen bringen könnte. Die Marktkritik würde sie aber nicht teilen – bemerkenswert für eine Initiative, die aus einer Widerstandsbewegung heraus entstanden war. Im Herbst 2001 ging ein Brief mit Kooperationsvorschlägen für „Ökostrom von unten“ an alle in der ASEW zusammengeschlossenen, ökostromanbietenden Stadtwerke. Nicht eines antwortete (einige teilten den Eingang des Schreibens mit und kündigten eine Antwort an – aber gekommen ist keine). Auch das spricht dafür, daß es bei den Ökostromangeboten um wirtschaftliche Vorteile, nicht aber um ein politische Ziele geht.

Quellen zu 3.9

- 1 Mit Wachstumsmaschine gemeint ist die Ökologie. Schmidt-Bleek ist Präsident des Faktor-10-Clubs und war Vize-Chef des Wuppertal-Instituts.
- 2 Abgesehen vom kleinen, selbstorganisiert/autonomen Teil der Umweltbewegung stammen heute fast alle Produkte der Öffentlichkeitsarbeit, seien es Zeitschriften, Flugblätter oder Broschüren, aus professionellen Verlagen, Geschäftsstellen oder PR Agenturen.
- 3 Symbolisch dafür steht das graue Papier, das einen bewußten Gegensatz zum strahlend weißen Konsumrausch darstellen sollte. Aber auch Ladeneinrichtungen sowie fehlende oder auf die „Ökos“ gezielte Werbung paßten zum damaligen Stil.
- 4 Der hier verwendete Begriff des linken oder Bildungs-BürgerInneniums umfaßt die Schicht der Gesellschaft, die auf einem mittleren bis hohen Einkommensniveau liegt und ein komfortables Lebensumfeld (meist eigenes Haus, ein bis mehrere Autos und Urlaubsfahren pro Jahr usw.) hat, hochgebildet und dadurch und/oder durch das in der Vergangenheit liegende, eigene Engagement über die sozialen und Umweltprobleme informiert ist. Diese Personen halten Umfragen zufolge politische Veränderungen für nötig, wählen die Grünen oder die SPD und sind meist in einem Umwelt- oder sozialen Verband Mitglied bzw. arbeiten sporadisch mit. Tatsächlich schaffen sie mit ihrem konkreten Verhalten die Probleme mit, deren Lösung sie einfordern: Umweltzerstörung durch ihren Lebensstil, zudem sind viele DoppelverdienerInnen und fordern gleichzeitig die gerechtere Verteilung der Arbeitszeit. Zwischen Theorie und Praxis klaffen riesige Lücken.
- 5 Viele staatliche Förderungen im Bildungsbereich werden nach der Anzahl von Personen berechnet, die an Seminaren teilnehmen. Wer daher Listen auffüllt mit zusätzlichen Namen, erhält mehr Geld.
- 6 Selbsthilfegemeinschaften in einigen Regionen, Projekt „Phönix“ Anfang der 90er Jahre von Seiten des Bundes der EnergieverbraucherInnen sowie Greenpeace Aktionen für Massenbestellungen Mitte der 90er Jahre.
- 7 Die geringeren Produktionsmengen sind der einzige Faktor, der höhere Kosten pro Einheit bewirkt.
- 8 Immer mehr ökologisch interessierte, jüngere Menschen wählten als Ausbildung Jura, Betriebswirtschaft oder Wirtschaftswissenschaft. Ihr Ziel waren vor allem Managementfähigkeiten. Sie bilden den Ausgangspunkt des Umbaus großer Teile der Umweltbewegung zu konzernähnlichen Strukturen und Strategien. Im Zuge der Veränderung stellen Betriebe und Verbände auch managementgeschultes Personal ein, das selbst keinen Bezug mehr zum Umweltschutz hatte.
- 9 Das bekannteste Beispiel ist die Berliner „Tageszeitung“ (taz), tatsächlich ereilte das Schicksal aber sehr viele Betriebe.
- 10 Beispiel war das ehemalige Kollektiv „Blätterwald“, damaliger Sitz Weilmünster, später Frankfurt.

- 11 Je höher die Anlage, desto höher die Zinsen. Je höher das Einkommen, desto höher die Steuerersparnis oder staatliche Förderungen. Öko Anlagen begünstigen vor allem die Reichen. Die „Ökos“ werden in der sogenannten Zwei Drittel Gesellschaft zum privilegierten Teil gehören.
- 12 Es gibt Projekte mit politischer Zielrichtung, die ihre finanzielle Grundausstattung über Geldeinlagen erworben haben, z.B. einige linke Zeitungen oder Verlage. Sie zehren aber inzwischen von diesem Geld, d.h. sie sind wirtschaftlich nicht solide, eine Einlage ist eher eine Spende als eine Rendite versprechende Anlage.
- 13 So hat ein Elektriker in einem kleinen Ort in Mittelhessen fast 200 Solaranlagen in direkter Nachbarschaftshilfe gebaut, mit seinem Kleinbetrieb initiierte und unterstützte gegenseitige Hilfe und Eigenarbeit.
- 14 Die Qualität der Kritik an Windenergieanlagen ist je nach Basisgruppe sehr unterschiedlich. Oftmals werden Windanlagen sehr pauschal verteufelt, örtlich aktive Vogel- oder Heimatschutzgruppen plädieren teilweise sogar offen für Groß- bzw. gar Atomkraftwerke als Alternative.
- 15 Zu den Zahlenangaben (Jahre, KundInnen usw.) siehe „Doppelte Dividende“, **Kraut & Rüben 8/2001**, S. 80ff.
- 16 Im Band 1 des Buches „Agenda, Expo, Sponsoring“ wurde das Projekt Rommelmühle schon Anfang 1998 öffentlich kritisiert. Die Kritik sollte sich bewahrheiten.
- 17 Gleichzeitig lobte Flieger den neuen, von den Volksbanken kommenden Vorstand: „Ich wollte dem Vorstand zunächst einmal danken und bin froh, dass wir einen solch qualifizierten Vorstand gefunden haben“, findet sich seine Aussage im **Protokoll der VV** vom 18.11.2000.
- 18 Über den Streit auf der Versammlung gab es eine öffentliche Auseinandersetzung in der Zeitschrift **Contraste, Ausgaben Januar bis März 2001**.
- 19 Jahresbericht 2001 im GLS-Blatt „**bankspiegel**“ Nr. 1/02, S. 22.
- 20 Werbeblätter zur Rentenversicherung der GLS, Informationen zur Mannheimer Lebensversicherung AG unter **www.mannheimer.de**.
- 21 **Marktstudie Grünes Geld 2001**, für das Jahr 2000 sind nur das 1.-3. Quartal erfaßt, die Gesamtsumme liegt also noch höher.
- 22 Solche Zitate ließen sich zu Tausenden aus den Werbeprospekten der Firmen und den Texten in Zeitschriften herausziehen – die Werbung für ökologische Geldanlagen ist sehr stark auf die Profitchancen ausgelegt.
- 23 Beispiele für solche selbstorganisierten Direktanlagen sind z.B. BürgerInnen-Windanlagen, die Projektfonds der GLS-Bank oder das Mietshäuser-Syndikat in Freiburg (**www.syndikat.org**).
- 24 Quellen: Selbstdarstellungen und die Situation im Haus. Neben dem Eingang zum Restaurant hängt (vergrößert auf A3) ein Text aus der Frankfurter Rundschau, in dem ein Lob dafür ausgesprochen wird, daß nicht der Öko-Zeigefinger zu finden ist, sondern konventionelle Speisen. Im Haus sitzen unter anderen die Redaktion von Öko-Test, etliche Untergliederungen der Grünen und das Grün-alternative Jugendbündnis, ein Tagungshaus, Caro Druck (dort entsteht z.B. die taz) usw.
- 25 Nur eine von über 20 Seiten enthält Gerichte aus biologischem Anbau, darunter nur drei vegetarische.
- 26 Laut Mail von Sven Giegold, 3.11.2000.
- 27 Diese Strukturen sind für Genossenschaften vorgeschrieben. Deshalb sind Genossenschaft nicht per se zum Abbau von Hierarchien geeignet. Vielmehr muß die reale Praxis geändert werden.
- 28 Aussagen auf einem Regionaltreffen von Bioland Mittelhessen.
- 29 Darum ist der Staat ja auch nicht das Gegengewicht zum Markt, sondern dessen Garant. Neokeynesianistische Politikstrategien wie seitens der PDS oder von attac sind deshalb analytisch falsch.
- 30 Zwar können sich z.B. Umweltechniken gegen andere durchsetzen, wenn diese rentabler sind, jedoch wird sich innerhalb der Umweltechnik die Form durchsetzen, die profitträchtiger ist – meist auf Kosten von Umwelt und Mitbestimmung. Beispiele sind große Windparks oder die jeweils eingesetzten Rohstoffe für solche Anlagen.
- 31 Quelle: **natur&kosmos, April 2001**, S. 10.
- 32 Orientierung am Wert der Aktien eines Unternehmens – erweitert auch an der Dividende der Direktanlagepapiere bei einem Projekt.
- 33 Aus **Green Capital Nr. 6, August 2001**, S. 13.
- 34 Siehe auch Text „**Ablauf von den Regenbogenkämpfern**“ in: **FR, 24.10.1995**.
- 35 Inzwischen steigern sich die Öko-ManagerInnen aber und schaffen über neue Strategien, z.B. das Nutzen der Eigenheimzulage oder eine Kombination von Zuschüssen und Anlagen höhere Renditen.
- 36 Der Vorstand des Öko-Instituts hat gegen das Votum der meisten MitarbeiterInnen und ohne Befragung der eigenen Basis beschlossen, bis zum 31.12.1998 alle kostenlosen Dienstleistungen für Umweltgruppen einzustellen. Davon betroffen sind z.B. die Koordinations- und Beratungsstellen im Bereich Immissionsschutz, Gentechnik und Energiewende.
- 37 Die Verbandsspitzen hingegen interessieren sich mehr für finanzstarke Großkonzerne als Partner.
- 38 Beispiele sind der Anti-Atom-Verlag Tolstefanz im Wendland, Büchertische, selbstorganisierte Taschenkalender oder die anti atom aktuell.
- 39 Einen interessanten Beleg des Verhältnisses von Öko-Betrieben zu politisch aktiven Projekten bot die Projektwerkstatt im Kreis Gießen (Saasen). Durch regionale Zeitungen, das Umweltmobil, die unabhängige Volkshochschule und viele Einzelprojekte prägte sie die Umwelt-Öffentlichkeitsarbeit in der Region in den 90er Jahren. Davon profitierten ökologische Betriebe. Dennoch bestanden sehr unterschiedliche Kontakte. Ausgrenzungen gab es von Seiten der auf einen Imagewechsel bedachten Bioläden, die teilweise nicht einmal mehr Informationsmaterial auslegten oder die regionale Umweltzeitung verkaufen wollten, stattdessen aber im „lifestyle“-Bereich eine gute Auswahl anboten. Gute Kontakte gab es dagegen lange zu Einzelpersonen, die schon länger im ökologischen Bereich arbeiten (aus Solar-, Baubiologiefirmen, Druckereien usw.). Von ihnen erhielt die Projektwerkstatt Unterstützung, so daß trotz fehlender GeldgeberInnen und Förderungen der Ausbau eines größeren Gebäudes möglich war. Eine Solarfirma der Region begründete die Spende eines Solarkollektor sogar damit, daß die Projektwerkstatt soviel für das allgemeine Umweltbewußtsein getan habe, daß die

- Spende eine sinnvolle Gegengeste sei. Obwohl es zum Teil Kooperation gab und Personen oder Projekte aus der Projektwerkstatt anderen Gruppen geholfen haben (z.B. Berichterstattung in der Regionalzeitung, direkte Mitarbeit), distanzieren sich Einrichtungen wie der Eine-Welt-Laden, einige Jugendzentren oder andere Einrichtungen, die staatliche Mittel erhielten, von der Projektwerkstatt, nahmen die dann einseitige Hilfe aber teilweise an. Grund war meist, daß bei ihnen die Kritik an rot-grüner Politik auf wenig Gegenliebe stößt, weil sie eng mit Parteien und staatlichen Stellen verfilzt sind. Ende der 90er Jahre brachen mit der Modernisierung von Öko-Betrieben auch diese Kontakte weitgehend ab, teilweise wurde von dort die Projektwerkstatt neu auch als zu radikal angegriffen. Abgesprochene Kooperationen wurden abgebrochen, eine Solarfirma behielt gezahlte 18.000 DM ein und distanzierte sich dann von der Projektwerkstatt ohne die abgesprochene Gegenleistung!
- 40 In den 70er und 80er Jahren dagegen war „öko“ fast gleichbedeutend mit links, kollektiv, selbstorganisiert und mehr – insgesamt ein umfassender Politikansatz. Auch die Öko-Betriebe wollten und sollten Baustein der Gesellschaftsveränderung sein.
 - 41 Weil das Geld nur einmal ausgegeben werden kann oder weil die Geldanlage reicht, das Umweltbewusstsein zu beruhigen, und Spenden oft auch dazu dienen.
 - 42 Der Streit ist inzwischen einvernehmlich und kreativ beigelegt, was auf der www.projektwerkstatt.de auch zu sehen ist. Das ändert nichts an der konkurrierend orientierten Logik des Ausgangsbriefes, der hier als Beispiel für solche Prozesse dient.
 - 43 Das geschah in einer **Mail vom 26.11.2000**, also mitten in der Phase der Ökobank-Pleite. Zitat u.a.: „... ich weiss nicht, ob und wie das was neues und besonderes für die Ökobank ist.“ Absender war Werner Neumann, Vorsitzender des Beirats der Ökobank.
 - 44 Sog. Riester-Rente, Debatte in 2001/2002.
 - 45 Tatsächlich gibt es nach UN-Angaben zur Zeit ca. doppelt so viele Nahrungsmittel wie zur Ernährung aller Menschen nötig – nur die ungleiche Verteilung durch Marktmechanismen, Regierungsgewalt, Krieg und Vertreibung, Umweltzerstörung und rassistische bzw. sexistische Diskriminierung führen zu regionalen Mängeln mit den bekannten grausamen Folgen.
 - 46 Quelle: http://www.greenpeace.de/GP_DOK_PT/REDAKTIO/E990702A.HTM.
 - 47 Weitergehende Informationen in den **Ö-Punkten 2/2001** zum Klimaschutz (www.oepunkte.de) und unter www.projektwerkstatt.de/oekofilz.
 - 48 Rundbrief von Dirk Maxeiner und Michael Miersch, die in etlichen Büchern sowie in wirtschaftsnahen bis hin zu rechten Zeitungen (eigentümlich frei, Novo, Junge Freiheit) UmweltschützerInnen seit Jahren beschimpfen (siehe www.maxeiner-miersch.de).
 - 49 Nachhaltigkeit ist eine umfassende gesellschaftliche Debatte, die der Modernisierung von Herrschaft und Verwertung dient. Sie soll daher im zweiten Band dieser Buchreihe, wo es insgesamt um soziale und ökologische Konzepte als Vehikel für den Ausbau von Markt und Staat geht, vertiefend behandelt werden. Weitergehende Literatur: Siehe Anhang. Texte zur Nachhaltigkeitskritik sind in den Zitate-Rubriken von www.projektwerkstatt.de zu finden.
 - 50 Die Zeitschrift wird von der nachhaltigkeits- und agendaorientierten Gruppe um den Berliner Prof. Gerhard de Haan herausgegeben und ist im ökom-Verlag verlegt, der im Bereich ökokapitalistischer Konzepte führend ist.
 - 51 Ca. Ende Januar in der Waldorfschule.
 - 52 In der **Neuen Energie 4/2002**, S. 82, wurde Greenpeace vorgeworfen, seinen Strom aus alten Wasserkraftwerken in Österreich zu beziehen.
 - 53 Quellen sind die angegebenen Internetseiten der Stromfirmen sowie der **Reader „Ökostrom von unten“** des Institut für Ökologie (www.maus-versand.de).
 - 54 Quelle: <http://www.x1000malguer/pa69418.html>. Weitere Infos zur NaturEnergie AG mit Stand jeweils 1998 unter www.wind-energie.de/zeitschrift/neue-energie/jahr-1998/09810/oktober2.htm sowie http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/HINTERGR/C04HI31.HTM. Der letztere Text ist eine kritische Auseinandersetzung mit Ökostromanbietern, Autor war Gero Lücking. Der ist heute Geschäftsführer beim Ökostromanbieter Lichtblick – und scheint seine Kritik nicht mehr allzu ernst zu nehmen. Wes Brot ich eß ...
 - 55 **Neue Energie 12/2000**, S. 89.